



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

„Politische Bauten als historisierende Repliken – Konflikte
zwischen Funktionalität, Authentizität und Ästhetik“

verfasst von / submitted by

Philipp Baumer, B.A.

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for

the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Privatdoz. Mag. Dr. Karin Liebhart

Abstract

Architektur ist eine bedeutende Trägerin gesellschaftsstiftender und politischer Narrative. Politische Institutionen sind auf allgemein als legitim betrachtete Symbole und deren kontinuierliche Akklamation angewiesen, um sich selbst und ihre politische Agenda rechtfertigen zu können. Der politischen Architektur kommt dabei die quasi exklusive Rolle als langlebige, manifeste Trägerin historisch begründeter gesellschaftlicher Identitäten zu. In Deutschland erzeugt der anhaltende Trend, öffentliche Architektur in historisierender und vordemokratischer Ästhetik wiederauferstehen zu lassen, jedoch Kontroversen hinsichtlich der politischen Legitimationsfähigkeit und des demokratischen Wertes solcher Gebäude. Durch die Entscheidung des Deutschen Bundestages und des Brandenburgischen Landtages, sich beziehungsweise anderweitige öffentliche Institutionen im Antlitz früherer preußischer Herrschaftssitze darzustellen, weisen sie einen konstituierenden Teil der jüngeren gesamtdeutschen Geschichte zurück, erschweren deren erinnerungskulturelle Aufarbeitung und erzeugen demokratiepolitische Konflikte aufgrund des Einflusses privater Eliten auf die Gestaltung des öffentlichen, politischen Raumes und dessen Symbolik. Dies schlägt sich in erinnerungspolitischen Narrativen nieder, die in parlamentarischen Diskursen um die Rekonstruktionen bedient werden. In dieser Arbeit wird versucht, diese vorgeblich gesellschaftsstiftenden, aber konfliktbehafteten Narrative in einer kritischen Diskursanalyse herauszuarbeiten.

Architecture is a significant carrier of societal and political narratives. Political institutions depend on symbols that are generally regarded as legitimate and on their continuous acclamation in order to justify themselves and their political agenda. Political architecture has a quasi-exclusive role as a long-lasting, manifest carrier of historically grounded social identities. In Germany, however, the ongoing trend to resurrect public architecture in historicizing and pre-democratic aesthetics generates controversy regarding the political legitimacy and democratic value of such buildings. The decision of the German Parliament and the Brandenburg State Parliament to present themselves or other public institutions in the outer cover of former Prussian seats of power rejects a constituent part of recent history of a reunited German nation, complicates its reappraisal in the culture of remembrance, and generates conflicts in the politics of democracy due to the influence of private elites on the design of public, political space and its symbolism. This is reflected in narratives of remembrance politics, which are served in parliamentary discourses about these reconstructions. This thesis attempts to elaborate these ostensible socializing narratives and the conflicts that can occur from them in a critical discourse analysis.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	3
1. Politische Architektur – Theoretische Schlüsselbegriffe.....	10
1.1 Architektonische Dimensionen von Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik	10
1.2 Architektur als symbolische Trägerin von Politik und Macht.....	12
1.3 Dialektik demokratischer Architektur und Repräsentation	15
1.4 Authentizität und Reproduzierbarkeit nach Walter Benjamin.....	17
2. Politische Architektur und Wiederaufbau in der BRD und DDR nach 1949	19
3. Untersuchungsgegenstände in Potsdam und Berlin: Historischer Kontext und Prozesse der Rekonstruktion	25
3.1 Der Brandenburgische Landtag im Potsdamer Stadtschloss	25
3.2 Das Humboldt Forum im Berliner Schloss.....	32
4. Demokratie als Bauherr – Kritische Diskursanalyse von Parlamentsdebatten um bauliche Repliken	39
4.1 Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger.....	39
4.2 Landtag Brandenburg	43
4.3 Deutscher Bundestag	47
5. Konflikte zwischen Funktionalität, Authentizität und Ästhetik	52
Konklusion und Diskussion.....	57
Abkürzungsverzeichnis	66
Abbildungen	67
Grafische Auswertungen	71
Tabellenverzeichnis	73
Quellen- und Literaturverzeichnis	74

Einleitung

Jede Vorstellung von gesellschaftlicher und politischer Ordnung ist an als legitim betrachtete Erzählungen und deren kontinuierliche symbolische Akklamation gebunden (vgl. hierzu Diehl 2019; Klumpp 2020; Llanque 2014). Darunter fällt auch explizit die Repräsentation von gesellschaftlichen, kulturellen Werten sowie Ordnungsvorstellungen durch öffentliche Bauten. Vor allem der urbane Raum in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) stellt in dieser Hinsicht eine Besonderheit dar, da er, bedingt durch Zerstörungen im Laufe des Zweiten Weltkrieges, tiefgreifende Brüche in seiner „phänotypischen“ Erscheinungsform und vor allem auch seiner historischen und politisch-architektonischen Repräsentationsformen erlebte. Die deutsche Teilung bis 1990 hinterließ zudem zwei von unterschiedlichen gesellschaftspolitischen und kulturellen Ästhetiken geprägte Räume innerhalb eines dann geeinten Staates.

Gerade in jenen Städten, die jahrzehntelang geographisch und politisch zentrale Orte der Konfrontation sowie Begegnung von Ost und West waren, aber auch in urbanen Räumen der „alten“ Bonner Republik, finden sich in den Jahren seit der Wiedervereinigung wieder verstärkt Diskurse und Projekte um ein spezifisches Feld des politischen Städtebaus: die Rekonstruktion historischer, repräsentativer Bauten. Öffentlich intensiv und über einen großen Zeitraum hinweg diskutierte Beispiele dafür sind das 2020 eröffnete Humboldt Forum im Berliner Schloss und der 2013 eingeweihte Brandenburgische Landtag im Potsdamer Stadtschloss. Der Deutsche Bundestag stimmte im Jahr 2002 für den Neubau in Berlin. Der Brandenburgische Landtag entschied sich 2006 für das neue Landtagsgebäude. Beide Gebäude wurden nach dem Vorbild der Schlösser errichtet, die an gleicher Stelle im Zweiten Weltkrieg zerstört wurden. Als bedeutende öffentliche Prestigeprojekte in den politischen Zentren Berlins und Potsdams, sollen sie als manifeste Träger politischer Symbolik der Demokratie fungieren. Die Entscheidungen des Deutschen Bundestages und des Brandenburgischen Landtages, demokratische Institutionen heute im Antlitz monarchischer und vordemokratischer Architektur zu repräsentieren, werden jedoch Teils bis heute öffentlich kontrovers kritisiert. Denn die intentionale Reproduktion historischer Architektur durch politische Institutionen wirft Fragen nach dem Sinn und Zweck dieser Entscheidung auf: Was macht es mit dem

Selbstverständnis einer demokratischen, freiheitlichen Gesellschaft, wenn ihre Institutionen ihre öffentlichen Gebäude durch gezielte Rekonstruktionen in monarchischen Fassaden erscheinen lassen? Oder ganze Areale detailgetreu reproduziert werden, die historisch vorbelastet sind, etwa durch Verbindungen zum Nationalsozialismus (NS)? Manifeste Symbolik ist eine Grundlage, um Politik, Gesellschaft und deren Wertegrundlagen kontinuierlich erfahrbar zu machen. Dies gilt insbesondere für Demokratien, in denen nicht Einzelpersonen dauerhafte Träger von Macht und Souveränität sein sollen (vgl. Müller 2011b, 204). Die Legitimität ihrer Symbolik ist für die Legitimität der Politik immanent bedeutend.

Symbole und Objekte stellen abseits von Parlamentarier*innen oder Staatschefs die einzig greifbaren und objektivierbaren Träger politischer Macht dar. Selbst triviale Gegenstände, Gebäude oder Bilder können zu einer Manifestation politischer und gesellschaftlicher Bewegungen und ihrer Programmatik werden. Aktuelle politik- und sozialwissenschaftliche Forschungsbeiträge zum Themenbereich der symbolischen Objekte heben etwa die Bedeutung hervor, die selbst alltägliche Gegenstände gewinnen können, wenn sie zum Symbol des Protests oder der Zugehörigkeit zu einer sozialen Bewegung werden, so zum Beispiel die gelben Warnwesten („Gelbwesten“) bei landesweiten Protesten in Frankreich in den Jahren 2018 und 2019 (vgl. hierzu Abrams und Gardner 2023). Durch die Übernahme eines zum Symbol gewordenen Gegenstands kann eine Form der Solidarisierung mit einer politischen Bewegung erfolgen. Über ein Symbol können sich Individuen und ganze Gruppen selbst einer politischen Agenda bemächtigen. Objekte haben damit das Potential, Träger politischer und gesellschaftlicher Wertvorstellungen zu sein. Dies schließt die politische Architektur mit ein. Auch abseits der symbolischen Relevanz für die Politik hatten die Architektur und das Bauen stets wirtschaftspolitische Bedeutung. Bauen stellt einen wichtigen ökonomischen Faktor dar, der allen politischen Instanzen geläufig ist (vgl. Warnke 1984, 12). Öffentliche Bauinvestitionen können kurz- und langfristig Konjunkturen beleben und sind ein wirtschaftspolitisches Instrument (vgl. ebd.).

Die vorliegende Arbeit versucht sich den symbolischen und erinnerungspolitischen Kontroversen um die neuen Schlösser in Berlin und Potsdam aus einer kritischen, analytischen Perspektive anzunähern und eine

Rekonstruktion der „Bedeutungsabsichten“ (Warnke 1984, 12) beider Gebäude vorzunehmen. Dafür wird nicht primär die Ikonologie beider Gebäude untersucht. Hier sollen die parlamentarischen Diskurse um den Bau der Schlösser kritisch analysiert werden. Denn der Deutsche Bundestag und der Brandenburgische Landtag treten hier als Architekten und Bauherren politischer Architektur auf und entscheiden über deren Symbolik und Ästhetik, die sie selbst beziehungsweise weitere staatliche Institutionen repräsentieren sollen. Weil der historische Werdegang der Originalgebäude für die Motivation zur Rekonstruktion ausschlaggebend und sinnstiftend ist, ist die Arbeit teilweise transdisziplinär angelegte und geht auf den Forschungsstand der neueren Geschichte beider Gebäude und Bauplätze ein. Berlin und Potsdam wurden als Untersuchungsräume ausgewählt, weil sie als Bundes- und Landeshauptstädte politische Zentren sind, die zentrale Institutionen politischer Macht beherbergen und in deren Architektur die Bürger*innenschaft als abstrakter Souverän identifizierbar gemacht werden soll (vgl. Minkenberg 2020, 14). Beide Städte waren zudem als Grenzorte jeweils von besonderer symbolischer Bedeutung in der Systemrivalität zwischen der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) während des Kalten Krieges. Darüber hinaus wird die Bedeutung der politischen Symbolik hier dahingehend verdeutlicht, da Berlin und Potsdam wichtige Orte politisch-symbolischer Transformation nach dem Ende des Kalten Krieges waren: Das Ende der Deutschen Demokratischen Republik, der Legitimität ihrer politischen Architektur und Symbolik sowie deren Übergang zu jener der Bundesrepublik wurden in den beiden heutigen Hauptstädten anschaulich vollzogen.

Die Arbeit versucht vor dem Hintergrund der symbolischen und historischen Bedeutung und der Kontroversen um beide Gebäude und Orte die folgenden Forschungsfragen zu beantworten: (1) Wie argumentieren politische Akteure, hier der deutsche Bundes- und der Brandenburgische Landtag als Bauherren, für den Neubau des Berliner und des Potsdamer Schlosses? (2) Welche erinnerungspolitischen Narrative von Staat und Gesellschaft werden dabei angeführt, untermauert oder abgelehnt? Dabei wird davon ausgegangen, dass *Erinnerungspolitik* ein Werkzeug politischer Akteure ist, um mit Geschichtsdeutungen, die in *historisierenden Repräsentationsbauten* manifestiert werden, zur Legitimierung politischer Institutionen oder zur Herstellung kollektiver

Identität beizutragen. *Historisierende Repräsentationsbauten* werden hier als technisch und funktional moderne Gebäude verstanden, die bestimmte Zwecke im politischen beziehungsweise öffentlichen Auftrag erfüllen sollen und die nach außen absichtsvoll in der Ästhetik monarchischer Repräsentationsbauten gestaltet sind. Die Legitimierung wird dabei von den verantwortlichen Institutionen mittels einer Aufladung der Gebäude mit historisch-symbolischen Narrativen erzielt, die traditionsreich und geschichtsträchtig erscheinen sollen.

Im ersten Kapitel der Arbeit wird zunächst auf den aktuellen politikwissenschaftlichen Forschungsstand und theoretische Konzepte von Architektur als einer möglichen Form politischer Symbolik eingegangen. Gebäude können zu objektiven Trägern eines hegemonialen kulturellen, gesellschaftlichen und politischen Konsensus werden (vgl. Assmann 1999, 134 f.). Als tendenziell langlebige Manifestationen und Träger einer solchen Sammlung gemeinschaftsstiftender Elemente, die Assmann als *Funktionsgedächtnis* bezeichnet (vgl. ebd.), gewinnen sie über die Zeit historischen und erinnerungskulturellen Wert. Dieser ist gegenüber immaterieller politischer Symbolik eine exklusive Eigenschaft baulich manifestierter Repräsentation. Politische Architektur kann Kollektivsymbole greifbar machen. Als Erinnerungskultur bezeichnet Assmann die Summe der wiedererkennbaren Praktiken und Objekte eines kulturellen Gedächtnisses, die damit zu gemeinschaftsstiftenden Elementen einer Gesellschaft werden und auch die Grundlagen für ihre politischen Verfahren und Institutionen darstellen. Politische Architektur ist auf die Darbietung objektiver Kollektivsymbole angewiesen, um als solche wahrgenommen zu werden und legitime politische Macht für ihre Betrachterinnen und Betrachter erfahrbar zu machen. Das zentrale Konzept dieser Arbeit, das für die Analyse historischer Narrative im Diskurs um die beiden Schlösser vorausgesetzt wird, ist das der *Erinnerungspolitik*: Dieses beschreibt das strategische Operieren mit kollektiv wiedererkennbaren Geschichtsdeutungen zur Legitimierung politischer Projekte, politischer Akteure oder zur Herstellung kollektiver Identität (vgl. Kohlstruck 2004, 173). Die historisierende Ästhetik der Schlösser in Berlin und Potsdam wird als ein möglicher Ausdruck erinnerungspolitischer Praktiken verstanden, um politische Institutionen zu legitimieren. Da Erinnerungspolitik von der erfolgreichen Wahrnehmung der

transportierten Kollektivsymbole abhängig ist, um eine legitimierende und vergemeinschaftende Wirkung entfalten zu können, wird im weiteren Verlauf der Arbeit in einem methodischen Exkurs versucht, die Rezeption historisierender Repräsentationsbauten auf ihren erinnerungskulturellen Gehalt hin zu überprüfen. Dafür werden zwei theoretische Ansätze Walter Benjamins (2011) und Jörn Rüsens (2014) kombiniert, die sich mit der Wahrnehmung, dem Gebrauch und der erinnerungskulturellen Lesbarkeit von Architektur und Erinnerungsorten auseinandersetzen. Beide Ansätze ermöglichen einen externen, analytischen Blick auf die Wahrnehmungen von historisierenden Rekonstruktionsbauten und die Konflikte zwischen Funktionalität, Authentizität und Ästhetik, die sie bei betrachtenden Personen erzeugen können.

Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 entwickelten sich in Ost- und Westdeutschland zwei unterschiedliche Agenden politischer Architektur. Während in der BRD das Selbstverständnis einer baulichen „Kulturnation“ den Wiederaufbau zerstörter Machtarchitektur eher beförderte, wurden vor allem die Zentren der größeren Städte in der DDR nach sozialistischen Idealen umgestaltet. Sie wurden als ein Raum verstanden, in dem sich seine Bewohnerinnen und Bewohner ihrer Zugehörigkeit zu einer industriell geprägten und „klassenbewussten“ Nation vergewissern konnten. Dabei wird deutlich, dass diese unterschiedlichen Ideen der Gestaltung des öffentlichen Raumes für die restaurativen Umbauten in Berlin und Potsdam nach der Wiedervereinigung mit ausschlaggebend waren. Sie sind auch ein Grund für die daraus resultierenden erinnerungskulturellen und erinnerungspolitischen Konflikte, die sich durch historisierende Repräsentationsbauten ergeben.

Mit Hilfe eines diskurs- und dokumentanalytischen Ansatzes, hier der Kritischen Diskursanalyse (KDA) nach Siegfried Jäger (vgl. S. Jäger 2015; Landwehr 2018), sollen die parlamentarischen Debatten um die von Teils großer medialer Aufmerksamkeit begleiteten und umstrittenen Bauprojekte in Berlin und Potsdam genauer beleuchtet werden. Erinnerungspolitik als strategisches Operieren mit Geschichtsdeutungen zur Legitimierung politischer Projekte, politischer Akteure oder zur Herstellung kollektiver Identität (vgl. Kohlstruck 2004, 173 ff.) muss erinnerungskulturelle Narrative und Mythen aufgreifen. Die KDA nach Jäger wurde hier als methodischer Ansatz gewählt, da sie sich auf die Analyse

hegemonialer Erzählungen und Diskurse fokussiert. Jene Narrative zu identifizieren, die für die Wahl der Symbolik der politischen Architektur der beiden Stadtschlösser ausschlaggebend sind, ist das methodische Ziel dieser Arbeit. Der Textkorpus für die Analyse der Debatten um die Neubauten in Berlin und Potsdam besteht aus Redebeiträgen in Plenar- und Ausschussprotokollen, parlamentarischen Anfragen sowie Anträgen von Fraktionen, die die Neubauten unterstützten. Die Textquellen sind den öffentlich einsehbaren digitalen Parlamentsarchiven des Brandenburgischen Landtages und des Deutschen Bundestages entnommen und wurden durch eine Schlagwortsuche zum Landtagsneubau und dem Humboldt Forum identifiziert. Der Textkorpus deckt den Diskurs von der ersten parlamentarischen Auseinandersetzung über beide Projekte Anfang der 2000er Jahre bis zu gegenwärtigen Debatten über die Ästhetik und Nutzung der fertiggestellten Gebäude ab. Durch die chronologische Analyse der Quellen können Kontinuitäten in der Argumentation der parlamentarischen Mehrheiten für den Bau der Schlösser herausgearbeitet werden.

Durch die Analyse wird verdeutlicht, dass sich in Berlin und Potsdam mit dem Bau des Humboldt Forums im Berliner Schloss und des Brandenburgischen Landtags im Potsdamer Stadtschloss ein restaurativer Prozess vollzogen hat, aus dem sich in mehrfacher Hinsicht eine Problematik für eine gesamtdeutsche Erinnerungspolitik und den demokratischen Wert historisierender politischer Architektur ergibt. Zwar haben demokratische Institutionen in der Vergangenheit immer wieder bestehende, vormoderne beziehungsweise monarchische Repräsentationsbauten als Sitz übernommen, weil es sich um etablierte und authentische Orte der Machtausübung handelte oder weil sie nach dem Krieg schnell verfügbare Provisorien darstellten (vgl. Beyme 1987, 341). Vor allem in europäischen Hauptstädten mit historischer Bausubstanz war und ist der Versuch, demokratische Qualität von Hauptstadtarchitektur in der bereits gebauten Welt zu finden, mit dem Risiko konfrontiert, in die ikonologische Logik vordemokratischer Regime fallen zu können (vgl. Minkenberg 2020, 18). In den hier betrachteten Fällen historisierender Repräsentationsbauten ist diese Kontinuität allerdings nicht historisch gegeben, denn die Funktion und die Symbolik eines bestehenden, zentralen und mit vordemokratischer Symbolik versehenen Gebäudes werden hier nicht aus legitimatorischen Gründen umgedeutet. Es besteht auch keine funktionale

oder technische Notwendigkeit für die Reproduktion vordemokratischer architektonischer Stile, um die Gebäude wie beabsichtigt nutzen zu können. Die verantwortlichen politischen Institutionen haben sich in beiden Fällen für historisierende politische Architektur entschieden, um eine historisch-politische Identifikation der Betrachter*innen mit ihrer Symbolik zu erzeugen. Die Schlösser dienten auch dazu, um nach der Wiedervereinigung übrig gebliebene politische Architektur der DDR zu ersetzen und deren Ästhetik aus dem Stadtbild zu entfernen. Erinnerungskulturelle Konflikte wurden dabei weitgehend ausgeblendet. Beide restaurativ-nostalgisch geprägten Schlossbauten (Boym 2001) stellen auch wichtige wirtschaftspolitische Projekte dar. Durch die Rolle privater Spender bei der Entscheidung für die historisierende Gestaltung und die Finanzierung beider Gebäude ergeben sich sowohl in Berlin als auch Potsdam demokratiepolitische Probleme. Private Eliten haben in beiden Fällen den öffentlichen Diskurs um die Schlösser entscheidend zu deren Gunsten beeinflusst und durch eigenständige finanzielle Beteiligungen öffentliche Mittel an ihre private Agenda zur Gestaltung politischer Architektur und des öffentlichen Raumes gebunden.

1. Politische Architektur – Theoretische Schlüsselbegriffe

1.1 Architektonische Dimensionen von Erinnerungskultur und Erinnerungspolitik

Die Architektur ist eine von mehreren möglichen symbolischen Ausdrucksformen politischer Identitäten (Beyme 1987, 13). Gebäude, die politische Institutionen beherbergen, können zu Trägern politischer Ideale und gesellschaftlicher Identitätskonstruktionen werden. Als tendenziell langlebige Manifestationen von Politik, gewinnen sie über die Zeit auch historischen und erinnerungskulturellen Wert. Einzelne Parlamentsgebäude oder Regierungssitze werden zu politischen Traditionen in sich. Wenn in der tagespolitischen Berichterstattung auf Entscheidungen aus der *10 Downing St.* oder dem *White House* Bezug genommen wird, werden diese Gebäude gewissermaßen mit Akteursqualität aufgeladen. Sie greifen auf eine Geschichte zurück, die sie als manifeste Symbole politischer Macht ausweist. Erinnerungskultur wird damit zu einer Dimension politischer Architektur, die jene Institutionen, die sie heute beherbergen, als machtvoll und legitim ausweisen. Zwei zentrale theoretische Ansätze gehen auf die Erinnerungskultur als überindividuelle und gemeinschaftsstiftende Praxis ein. Marchart (2016, 46 ff.) definiert *Erinnerungskultur* als die Praxis des kollektiven, gesellschaftlichen Erinnerns entlang einer gemeinsamen diskursiven Zeitachse, mit dem Ziel, eine kollektive Identität und ein kollektives Gedächtnis zu konstruieren. Als *Vergangenheit* wird dabei die Gesamtheit von an sich heterogenen, aber dennoch hegemonialen Diskursen beschrieben, mit der sich eine Gesellschaft auf einer Zeitachse selbst beschreibt und als Identität wiedererkennen kann.

Assmann (1999) schließt alle Objektivationen einer Gesellschaft und ihrer hegemonialen Kultur als potentielle kulturelle Träger des von ihr eingeführten Begriffs des *Funktionsgedächtnisses* mit ein. Dieses mit Vorstellungen und Objekten geladene, kulturelle und von der Breite einer Gesellschaft getragene und geteilte Gedächtnis bildet eine Art kulturellen und historischen Konsens. Dazu können auch kulturelle Zuschreibungen für Gebäude und Architektur zählen. Durch diesen Konsens, mit dem sich Gesellschaften auf bestimmte, sie konstituierende historische und kulturelle Elemente einigen können und die sie für ein Zusammenleben in einer politischen Gemeinschaft weitgehend voraussetzen, entstehen „Gruppenbezug, Selektivität, Wertbindung und Zukunftsorientierung“

(Assmann 1999, 134 f.). Erinnerungskultur, also die Summe der Praktiken und Objekte eines kulturellen Gedächtnisses, wird demnach zu einem gemeinschaftsstiftenden Element, das eine Grundlage für eine Gesellschaft und ihre politischen Verfahren und Institutionen darstellt. Sinnlich wahrnehmbare Objekte und gerade langlebige Bauwerke werden zu Trägern eines intergenerationellen, kulturellen Gedächtnisses. Die Hervorhebung bestimmter historischer Ereignisse und die Praktik des Erinnerns an sie ist damit auch eine Repräsentation einer ihr zugrundeliegenden politischen und sozialen Welt und Ausdruck politischer Entscheidungen (vgl. Liebhart 2007, 269; vgl. Schulz zur Wiesch 2007, 232).

Die machtvolle Praxis des Erinnerns kann von politischen Institutionen und ihren Vertreter*innen auch aktiv als Mittel eingesetzt werden, um sich selbst gezielt in eine politische Traditionslinie zu setzen. Die aktive Entlehnung oder auch Neueinführung von historischen und kulturellen Elementen in das Funktionsgedächtnis, etwa mit dem Ziel, eine politische Agenda durch die gezielte Inszenierung sozialer und politischer Verhältnisse zu legitimieren, beschreibt eine Praxis der Erinnerungspolitik. Die Analyse dieser Art von Geschichtsdeutungen unter dem Aspekt der Legitimierung politischer Ziele und Funktionen, fragt danach, wer bestimmte Deutungen in Umlauf gesetzt hat, wie sie weiterentwickelt und transformiert wurden (vgl. Kohlstruck 2004, 176). Erinnerungspolitik ist das strategische Operieren mit Geschichtsdeutungen zur Legitimierung politischer Projekte, politischer Akteure oder zur Herstellung kollektiver Identität (vgl. ebd., 173 ff.). Dabei ist der Begriff der *Erinnerungspolitik* vom dem der *Geschichtspolitik* abzugrenzen. Im Falle der Geschichtspolitik wird nicht an bestehende Traditionslinien oder an ein weitgehend konsensuales historisches Narrativ angeknüpft, um etwa eine politische Agenda öffentlich zu vermitteln. Hier werden dagegen Geschichte und ihre Auslegung selbst zum Gegenstand von Konflikten (vgl. ebd., 181). Die Vorstellungen und die verbreitete Rezeption historischer Ereignisse oder Entwicklungen werden im Rahmen von Geschichtspolitik also noch oder erneut verhandelt.

Erinnerungspolitik tritt dann besonders stark in den Vordergrund, wenn sich nach einem politischen Systemwechsel, etwa dem Beitritt der DDR zur BRD, der Bruch mit einer alten und die Etablierung einer neuen Erinnerungskultur und -politik zur ihrer Legitimation vollzieht (vgl. ebd., 177). Parlaments- und

Regierungssitze, Denkmäler und andere ideell bedeutsame Gebäude oder Plätze, die vormals die Funktion hatten, „sich der eigenen Identität, die in die Tiefe der Vergangenheit reicht und die Zukunft beschwört, anschaulich gewiss zu werden“ (Nipperdey 1981, 601), können so entweder ihre ursprüngliche Bedeutung gänzlich verlieren oder müssen zum Beispiel als Orte des Mahnens oder des Gedenkens umgedeutet werden.

1.2 Architektur als symbolische Trägerin von Politik und Macht

Im Zuge jeder Planung und Gestaltung von Bauten, die öffentliche Institutionen beherbergen sollen, ist Architektur niemals passiver oder nachgeordneter Ausdruck von etwas, das ihr vorhergeht, zum Beispiel die Demokratie als politische und gesellschaftliche Ordnung; sie ist vielmehr ein materieller und symbolischer Modus, in dem sich eine spezifische politische Form einer Gesellschaft konstituiert (vgl. Delitz 2020, 467). Der Gestaltung politischer Architektur gehen immer der Wille und die Notwendigkeit zum Ausdruck des Symbolischen voraus. Kein Baustil ist für sich genommen demokratisch oder undemokratisch (vgl. ebd.). Bestimmte Baustile können zu unterschiedlichen Zeitpunkten unterschiedlich interpretiert werden. Aber die politische Ikonologie von Bildern wie von Bauwerken hat grundsätzlich eine Intention, eine Bedeutung und einen Sinn (Müller 2004, 343). Zentral ist dabei die Wiedererkennbarkeit von Motiven und Erzählungen, die mit Bildern oder Objekten transportiert werden sollen. Ikonologie beschreibt hier, ausgehend von der Definition Erwin Panofskys, eine intentionale und systematische Verwendung von Symbolik und Ästhetik. Die Ikonografisch-Ikonologische Methode der Bildinterpretation nach Panofsky verknüpft die äußerlich wahrnehmbare, grafische Beschreibung, zum Beispiel von Bauwerken, mit der interpretativen, kritischen Einordnung der Bedeutung und Benutzung der zu untersuchenden Objekte durch ihre Betrachterinnen und Betrachter (vgl. Müller 2011a, 29). Die Deutung und Interpretation politischer Ikonologie hat deren Sinnentschlüsselung zum Ziel (vgl. Müller 2004, 343). Zu entschlüsseln sind dabei kulturelle Ideale, die in die Ikonologie einfließen und von politischen Institutionen dargeboten und hervorgehoben werden sollen. So werden Bilder, Kunst und Architektur mittelbar zum Ausdruck des kulturellen Selbstverständnisses einer Gesellschaft (vgl. ebd., 335), ihre konstituierenden historischen und politischen Narrative inbegriffen.

Repräsentation durch Symbole ist konstitutiv für den Zusammenhalt politischer Gemeinschaften, für die Akzeptanz politischer Ordnungen und ihrer Repräsentanten; deswegen kann politische Repräsentation nur verstanden werden, wenn man ihre symbolische Dimension berücksichtigt (vgl. Diehl und Steilen 2016, 1). Dabei wird davon ausgegangen, dass jede Form der Repräsentation, sei es durch politische Vertreter*innen oder durch Symbole, performative Wirkung hat und auf individueller wie auf kollektiver Ebene als solche wiedererkannt wird (vgl. ebd.): „Politische Repräsentation ist deshalb ohne Symbolizität und Performativität nicht zu denken“ (ebd.). Um von Betrachterinnen und Betrachtern als politisches Symbol wiedererkannt werden zu können, muss das Symbol vor allem geteilte Erinnerungen und Narrative hervorrufen, die von Individuen und Kollektiven imaginiert werden. Das Imaginäre als „soziale Instanz“ (Diehl 2016, 16) ermöglicht so einen Blick auf das Politische. Jeder „Symbolisierungsversuch“ (Patzelt 2020, 58) des Politischen muss sich bei den ihn Betrachtenden auf bereits vorhandene „Wissensbestände und Deutungsmuster beziehen“ (ebd.), die angesprochen werden. Diese Wissensbestände und ihre Ausdeutung sind im Laufe der Zeit wandelbar, etwa wenn neuere prägende Ereignisse und Narrative in gemeinschaftliche Deutungsmuster einfließen. Symbolisierungsversuche müssen darauf eingehen können, um sie in politische Symbolik überführen zu können (vgl. ebd.).

Architektur drückt politische Macht in unterschiedlichen Dimensionen aus, darunter durch ihre nach innen und außen vorgetragene Ästhetik und durch ihre Dimensionen bzw. den Ort, an dem sie sich befindet. In und um Berlin stach in der Moderne vor allem die monarchische Machtarchitektur des deutschen Kaiserreichs des späten 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts (Wilhelminismus) durch große symbolische Redundanz und Opulenz dahingehend hervor, dass sie in starkem Kontrast zu einer Architektur und Ästhetik der vorherrschenden industriellen Produktionsverhältnisse sowie eines bürgerlichen Rechtsstaat stand (Beyme 2004, 360). Die Monarchie trug hier nahezu zwangsweise ihre politische Symbolik besonders umfangreich vor, weil sich die immer stärker bürgerlich geprägte Gesellschaft und große Teile der damals neuen sozialen Massenbewegungen (zum Beispiel der politische Sozialkatholizismus oder die Sozialdemokratie) nicht mit dieser politischen Symbolik identifizieren konnten

(vgl. ebd.). Die monarchische Ästhetik prägte die Zentren der Residenzstädte Berlin und Potsdam in dieser Phase nachhaltig. Dies hatte hier auch Auswirkungen auf die politische Symbolik der Demokratie nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg. Die traditionellen Bauplätze vordemokratischer Machtarchitektur (das Rathaus am Schnittpunkt der Straßen, die am Markt zusammenliefen oder die räumliche Nähe von Residenz und Parlament) legten damit vor allem in Hauptstädten die phänotypischen Strukturen der folgenden demokratischen politischen Architektur fest (vgl. ebd., 362). Demokratische Parlamente oder Gerichte tagten und tagen dadurch oftmals in Repräsentationsbauten aus vordemokratischen Epochen. Da Hauptstädte Institutionen politischer Macht beherbergen und in Demokratien das Volk als abstrakter Souverän nicht als Einzelperson identifizierbar ist, muss politische Machtarchitektur in ihrer Form einer Logik demokratischer Machtverteilung entsprechen (Minkenberg 2020, 14). Nur so können Parlaments- oder Gerichtsgebäude, die meist an zentralen Orten in Hauptstädten zu finden sind, demokratische Souveränität und Werte zum Ausdruck bringen.

Münkler (2016) sieht die Fähigkeit politischer Architektur, Souveränität und Werte zum Ausdruck bringen zu können, in der Existenz politischer Mythen begründet, die politische Institutionen und ihre Vertreter*innen konstruieren und auf die sie in ihrer Kommunikation zurückgreifen können (vgl. ebd., 230). Mythen beziehungsweise mythische Narrationen spielen, auch im Sinne von Erinnerungspolitik (s.o.),

„[...] eine herausgehobene Rolle bei der Veränderung, Anpassung, aber auch Auflösung politischer Legitimationen und ihrer Visualisierung in Form politischer Repräsentation. Repräsentation wird hier nicht als Stellvertretung von etwas nicht Anwesendem, sondern als Sichtbarmachung von etwas im Prinzip Unsichtbarem verstanden.“ (ebd., 233)

Politische und gesellschaftliche Konstruktionen, wie etwa die der *Nation*, die an sich unsichtbar sind, werden demnach erst mit ihrer ikonischen Verdichtung in Form von Gebäuden, Denkmälern oder Plätzen zu politischen Repräsentationen (vgl. ebd., 239). Darüber hinaus wird in dem Ansatz der mythischen Narration das Spektrum der Akteure, die solche mythischen Narrationen prägen und verwenden, durch die Berücksichtigung von Kultur und Medien in einer Gesellschaft erweitert. Neben der politischen Klasse haben auch Medien und weitere Kulturschaffende

Akteursqualität beim Einsatz politischer Mythen. Sie (re)produzieren und formen diese. Sie sind als Akteure dezidiert nicht Teil politischer Institutionen, nehmen aber als öffentliche Instanzen auch innerhalb einer Zivilgesellschaft eine herausgehobene Position ein. Um bestimmte Policies und politisches Handeln zu begründen, zu vermitteln und zu kommentieren, bedienen sich sowohl die Politik als auch die Literatur, Kunst und journalistische Medien unterschiedlicher politischer Mythen (vgl. ebd.). Wer welche Mythen und Symbole „als politische Waffe“ für oder wider eine politische Agenda einsetzt (ebd., 231) hängt davon ab, aus welcher Perspektive sie angewandt werden. Münkler unterscheidet bei der Bezeichnung dieser Akteure verallgemeinernd zwischen „Entscheidern“ und „Deutern“, also Angehörigen der politischen Klasse und jenen Medien und sonstigen Akteuren aus der Zivilgesellschaft, die in der Regel Politik kommentieren, aber nicht in sie eingreifen (vgl. ebd.). Damit wird auf die Mehrdimensionalität bei der kontinuierlichen Aushandlung mythischer Narrationen hingewiesen, die sich zwischen der politischen Symbolik, ihrer öffentlichen Deutung und der Zivilgesellschaft vollzieht.

1.3 Dialektik demokratischer Architektur und Repräsentation

Die Hauptstadt eines demokratischen Bundeslandes und insbesondere die Hauptstadt eines demokratischen Nationalstaates besitzen als solche eine funktionale und eine symbolische Doppelfunktion (vgl. Minkenberg 2020, 13). Sie sind zum einen jene Orte, die zentrale politische Institutionen beherbergen und an denen sich die internen Prozesse der politischen Entscheidungsfindung durch Regeln und Verfahren praktisch vollziehen. Die räumliche Präsenz der Institutionen schafft gleichzeitig einen symbolischen Raum, der eine Bühne für die auch im Äußeren wahrnehmbaren, medial wirksamen Rituale der Politik darstellt (vgl. ebd.). Für Architektur, die demokratische Institutionen beherbergt und sie nach außen symbolisch repräsentieren will, ergibt sich dabei eine grundsätzliche Spannung zwischen Repräsentanten und Repräsentierten. Die funktionalen baulichen Anforderungen politischer Institutionen, die öffentlichen Raum einnehmen und in der Regel in Hauptstädten an zentralen Plätzen konzentriert und wahrnehmbar sind, schaffen auch in demokratischen Regierungssystemen eine auf Macht basierende hierarchische Ordnung zwischen Regierenden und Regierten (vgl. ebd., 25 f.). Zwar können diese zentralen Orte der Macht etwa durch

Protestaktionen kurzzeitig durch Außenstehende vereinnahmt werden, jedoch nehmen Bürgerinnen und Bürger in diesen Räumen in der Regel die Rolle des Besuchenden als die des Beteiligten ein. Demokratische Architektur unterliegt insofern immer einer Form eines „demokratischen Dilemmas“ (ebd., 32), da auf der einen Seite nicht-personale, abstrakte Werte und Normen (vgl. Warnke 1984, 15) wie Zugänglichkeit, Pluralität und Volkssouveränität vermittelt, auf der anderen Seite aber auch politische Macht und Souveränität demokratischer Institutionen sichtbar gemacht werden müssen. Hauptstädte demokratischer Gesellschaften und die Orte der Macht, die sie beherbergen, müssen daher als „Symbole der Ermächtigung (‘Wir, das Volk’ in gebautem Stein)“ (Minkenberg 2020, 25 f.) mittels spezifischer Symbolizität versuchen, trotz dieser zwangsläufigen räumlichen Trennung und symbolischen Dialektik (Diehl 2015, 14) zwischen delegierter Macht und den sie delegierenden Bürger*innen, letztere als Souveräne zu repräsentieren. Auch historische Gebäude als Orte politischer Macht sind dabei relevant, weil sie als identitätsstiftende und erinnerungskulturelle Träger einer gemeinsamen, konstituierenden Geschichte fungieren können.

Zwar gibt es kein vorgegebenes Verständnis von „demokratischer“ Symbolik, dennoch existiert sie und das in unterschiedlichsten Formen. Sie ist vielfältig und lebt von der gesellschaftlichen Verständigung über die Trifigkeit ihrer Symbole und deren Wandel im Laufe der Zeit (vgl. Diehl 2015, 13). Aber historische Ereignisse sind prägend für politische Ideen und ihre symbolischen Praktiken und sie sind konstituierend für kollektive Wahrnehmungs- und Deutungsmuster (vgl. ebd., 25). Das bedeutet auch, dass politische Architektur auf einem Grad der Monumentalität balanciert, die in eine Form der räumlichen Abgrenzung von Inhabern politischer Macht zum demokratischen Souverän übergehen kann. Dies kann gerade auch dann passieren, wenn demokratische Institutionen nach außen in Form vordemokratischer Architektur auftreten, zum Beispiel in ehemaligen Schlössern oder dem Sitz ehemaliger reiner Honoratiorenparlamente. Solche historischen Parlamentsgebäude sind ein naheliegendes Mittel zur Selbstsymbolisierung von Parlamenten als zentralste Institutionen demokratischer Macht (Patzelt 2020, 54). Das ist zum Beispiel in vielen europäischen Hauptstädten der Fall, die bereits zentrale Orte vordemokratischer Macht waren und in Orte demokratischer Macht transformiert

wurden, deren Architektur und Symbolizität aber objektiv unverändert geblieben ist. Innerhalb dieser Dialektik der Funktion demokratischer Architektur, Macht und Teilhabe gleichermaßen repräsentieren zu müssen, können politische Symbolik und Ikonologie ausschlaggebend für den Ausgleich zwischen beiden Zielen sein.

1.4 Authentizität und Reproduzierbarkeit nach Walter Benjamin

Architektur ist ein bedeutender symbolischer Träger politischer Macht, ohne den gesellschaftliche Narrative und das Imaginäre im Politischen nicht zum Ausdruck gebracht werden können. Die Dialektik demokratischer Architektur, die zwischen ihren Ansprüchen entsteht, legitime Macht zu repräsentieren und zugleich betrachtende Bürgerinnen und Bürger als politischen Souverän anzuerkennen, tritt im Falle historisierender öffentlicher Bauten besonders deutlich hervor. Die Wiederverwendung vordemokratischer Ästhetik produziert dabei Widersprüche im Hinblick auf mythische Narrationen und Erinnerungspolitik in einer demokratischen Gesellschaft. Walter Benjamin entwickelt in seiner Abhandlung über „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ (2011) Kategorien, mit denen die Konflikte und die Widersprüchlichkeit baulicher Rekonstruktionen und historisierender Ästhetik von Repräsentationsbauten strukturell analysiert werden können. Benjamin rückt in seiner Arbeit die Bedeutung der Authentizität (und deren Verlust) von Kunstwerken und Architektur in den Fokus. Benjamin attestiert der Reproduktion beziehungsweise der Rekonstruktion von Kunstwerken und architektonischer Stile einen Verlust an Authentizität, der vor allem durch die technischen Möglichkeiten der Vervielfachung, Manipulation und Verzerrung entstehen kann: „Der gesamte Bereich der Echtheit entzieht sich der technischen [...] Reproduzierbarkeit.“ (ebd., 13 f.). Die repräsentative (politische) Architektur bezeichnet er als „Gegenstand zur Darbietung eines simultanen Kollektivprozesses“ (ebd., 41). Ein künstlerischer, architektonischer Stil ist in diesem Sinne ein geschichtlich bedingter Träger von Wahrheitsansprüchen, dessen gesellschaftspolitische Vorstellungen sich auch in der architektonischen Ikonologie niederschlagen (vgl. Warnke 1996, 13). Die Entscheidung dafür, welche Ästhetiken baulich repräsentiert werden, muss also entweder als Ausdruck eines inhärenten Verständnisses der Ästhetik einer gesellschaftlichen und politischen Ordnung sowie der Historizität einer breiteren

Öffentlichkeit verstanden werden, oder Ausdruck des Willens einer aktiven Interessensgruppe (Pressuregroup) sein.

Benjamin formuliert zwei Arten der möglichen Rezeption eines Bauwerkes: erstens den *Gebrauch* rein funktionaler Art, zweitens die *Wahrnehmung* im Kontext von Ästhetik und Historizität (vgl. Benjamin 2011, 50 f.). Zwar ist nach Benjamin die Reproduktion eines Kunstwerks und auch architektonischer Stilelemente oder ganzer Gebäude per se nicht negativ zu werten. Kunstwerke und Bauten sind schon immer reproduzierbar und zu vervielfältigen gewesen (vgl. ebd., 11). Durch die Rekonstruktion beziehungsweise die Replik können sich jedoch Konflikte zwischen dem authentischen Wert (der „Aura“) und der Funktionalität einer Rekonstruktion ergeben: Wie authentisch kann etwa ein mit W-Lan, Aufzügen, Brandschutztüren und in Breite, Länge und Höhe gewachsenes Potsdamer Stadtschloss heute noch sein?

Die Ambivalenz von historisierenden Repräsentationsbauten, insbesondere im Spannungsverhältnis der deutschen Wiedervereinigung und des Wechsels von politischer Macht und ihrer ästhetischen Wahrnehmung, hin zur einer angestrebten gesamtdeutschen und bundesrepublikanischen historischen Architektur, kann mit Benjamins‘ Kategorien von Gebrauch und Wahrnehmung strukturell analysiert werden. Die Konflikte hinsichtlich der Legitimität von durch historisierende Ästhetik repräsentierter Macht ergeben sich hier vor allem im Kontext von Historizität und Erinnerungspolitik beziehungsweise der Geschichtskultur. Daher bietet sich eine Differenzierung aus geschichtskultureller und geschichtsdidaktischer Perspektive an. Die von Benjamin entwickelten Kategorien können durch die „fünf Dimensionen der Geschichtskultur“ nach Rüsen (2014) dahingehend ergänzt werden, dass ihre breiter gefächerten Kategorien auch die teils historisch kritischen Rekonstruktionsensembles, zu denen etwa die neuen Potsdamer und Berliner Stadtschlösser zählen, genauer hervorheben und die geschichtspolitische Spannung der teilweise unkritisch vorgenommenen Repliken und der Übernahme vordemokratischer Architektur verdeutlichen. Rüsen schlägt fünf Dimensionen vor, die bei der geschichtskulturellen Einordnung unter anderem von repräsentativen Bauten betrachtet werden können. (1) Die *kognitive* Dimension: das Wissen um einen historischen Sachverhalt beziehungsweise den Wahrheitsanspruch einer aktuellen historischen Meistererzählung (Anlehnung an

den aktuellen Forschungsstand) muss als Rahmen für das Geschichtsverständnis einer (ein Bauwerk) betrachtenden Person berücksichtigt werden (was weiß er oder sie über die Genese des historischen Gegenstands?) (vgl. ebd., 47). (2) Die *ästhetische* Dimension: welche Schönheitsideale oder legitime optische und haptische Erscheinungsformen soziopolitischer Ideale legen die betrachtenden Zeitgenossen an einen historischen Gegenstand an („schönes“ oder „hässliches“ Parlamentsgebäude?) (vgl. ebd., 48). (3) Die *politische* Dimension: stützt der Gegenstand den auf Dauer angelegten Legitimationsbedarf von Staaten beziehungsweise die staatliche Ordnung (wird ein Bau als greifbare Manifestation politischer Macht wahrgenommen) (vgl. ebd.)? (4) Die *moralische* Dimension: welche Normen sind konstituierend für historisches Denken im Sinne einer Dichotomie von *Gut* und *Böse*? Hat ein Gegenstand gerade heute im Sinne „historischer Verantwortung“ Aussagekraft (vgl. ebd., 50)? (5) Auf die *religiöse* Dimension im Sinne der sakralen, transzendentalen Bedeutung eines Gegenstands oder eines Bauwerks (vgl. ebd., 51) für die Betrachtenden soll hier nicht vertiefend eingegangen werden, da hier keine sakralen Bauten im Fokus der Untersuchung stehen. Die religiöse Symbolik der alten Schlösser hatte historisch jedoch durchaus eine zentrale, legitimierende Bedeutung für die adeligen Herrscher.

2. Politische Architektur und Wiederaufbau in der BRD und DDR nach 1949

Vor der Analyse der Diskurse um die annähernde Rekonstruktion beider Schlösser wird im Folgenden dargestellt, wie sich die äußerlich wahrnehmbare, repräsentative Architektur in beiden deutschen Staaten nach 1949 entwickelte und wie sie von unterschiedlichen soziologisch-historischen Bedeutungsaufladungen beeinflusst wurde. Dies ist notwendig, um die Bedeutung des symbolischen Wandels der beiden hier betrachteten Gebäude und vor allem ihrer Standorte zu verdeutlichen. Denn sowohl in der Form des Berliner als auch der des Potsdamer Stadtschlosses manifestiert sich ein aktiver Wandel beider Orte, weg von einer bedeutenden Repräsentation zentraler Macht und gesellschaftlicher Ordnungsvorstellungen der DDR und hin zu einer historischen Konstruktion einer bestimmten Form einer angenommenen, gesamtdeutschen Erinnerungspolitik.

In allen alliierten Besatzungszonen wurden in der Endphase des Zweiten Weltkrieges und in den unmittelbaren Folgejahren jene Gebäude und Areale

abgerissen, denen eine zentrale symbolische Bedeutung für den NS zugewiesen wurde. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) wurde dies örtlich auch auf die Repräsentationsarchitektur der Hohenzollern-Monarchie ausgeweitet, da man sie in eine Traditionslinie völkisch deutschnationaler Ideologien stellte. Dies trug letztlich entscheidend zur Sprengung der Ruinen des Berliner und des Potsdamer Stadtschlosses bei (vgl. Beyme 1987, 55 ff.). Auf dem Gebiet der BRD hingegen wurden Schlösser und andere kaiserliche Prunkbauten nicht im gleichen Maße als Manifestation einer mit nationalsozialistischer Ideologie eng verknüpften oder demokratiefeindlichen Ideologie verknüpft. Viele Bauten, die nicht völlig baufällig oder im Krieg irreparabel zerstört worden waren, wurden nicht abgerissen. Sowohl im Westen wie im Osten Deutschlands herrschte nach 1945 zunächst ein allgemeiner Mangel an Material zum Wiederaufbau, was dazu führte, dass vorhandene Ressourcen vornehmlich zur Deckung akuter Bedürfnisse im Wohnungsbau verwendet wurden. Die Rekonstruktion monarchischer Prunkbauten und auch anderer historischer Bausubstanz besaßen in der Regel keine Priorität beim Wiederaufbau (vgl. Beyme und Berger 1992, 9). Viele bekannte Architekten waren zudem während des NS emigriert (vgl. ebd.), es fehlte daher in allen Besatzungszonen in der Frühphase des Wiederaufbaus auch vielfach architektonisches und technisches Know-how, um historische Bausubstanz adäquat zu rekonstruieren.

In der BRD gab es zunächst keine zentralen Vorgaben und Richtlinien für den Wiederaufbau der zerstörten Städte und ihrer Infrastruktur (vgl. Beyme und Berger 1992, 10). Die Städtebaupolitik des Bundes konzentrierte sich lange vorrangig auf den Wohnungsbau und war hauptsächlich als Sozialpolitik konzipiert (vgl. ebd.). Die Frage nach Wiederaufbau oder Neubau, vor allem in den schwer zerstörten Zentren der Großstädte, stellte sich aber bereits kurz nach Kriegsende und wurde kontinuierlich weiterverhandelt. In der Regel setzten sich Neubaukonzepte durch, die sich an der weitgehend unversehrten unterirdischen Infrastruktur und bestehenden Verkehrswegen orientierten. Regional wurden einzelne symbolträchtige Objekte aber gesondert behandelt (vgl. ebd., 16 f.). Das gegen Ende des Krieges zerstörte Goethehaus in Frankfurt am Main wurde ab dem Ende der 1940er Jahre wieder detailgetreu rekonstruiert, auch gegen in Medien vorgetragene Proteste, die einen Wiederaufbau als „Gespenst“ und „Panoptikum“

(ebd., 17) und damit als unzeitgemäßen Rückgriff auf veraltete gesellschaftliche Ideale verstanden. Gleichzeitig wurde etwa in Darmstadt, auf der Grundlage eines politischen und zivilgesellschaftlichen Konsenses, ein Teil der Altstadt gänzlich beseitigt (vgl. ebd.).

In der späteren DDR war die Planung des Wiederaufbaus weitgehend zentralisiert (vgl. ebd., 11). Die nach sozialistischen Idealen gebaute Stadt wurde hier als ein Raum verstanden, in dem sich seine Bewohnerinnen und Bewohner ihrer Zugehörigkeit zu einer industriell geprägten und „klassenbewussten“ Gesellschaft vergewissern konnten (vgl. ebd., 12). Sie sollte gemeinsame, konstituierende soziopolitische Ideale widerspiegeln. Der Fokus der zentralen Städtebaupolitik lag auch hier ab Mitte der 1950er Jahre weiter auf dem Wohnungsbau, geprägt durch modernes und industrialisiertes Bauen. Ziel war die Errichtung möglichst vieler Wohneinheiten in möglichst kurzer Zeit (vgl. ebd., 13). Obwohl einzelne Repräsentationsbauten der Vorkriegszeit erhalten und teils restauriert wurden, schlug sich die Demonstration politischer Macht im Stadtbild im Zuge des Wiederaufbau der größeren Städte vor allem in der Anlegung neuer, zentraler Plätze und breiter Verkehrswege nieder, die als monozentrische Versammlungs- und Demonstrationsorte konzipiert wurden (vgl. ebd., 17; vgl. Schwedler 2001, 25). Die Stadt wurde auch offiziell zu einem Raum erklärt, der „in Struktur und architektonischer Gestaltung Ausdruck des politischen Lebens und des nationalen Bewußtseins des Volkes“ (zitiert in Beyme und Berger 1992, 30 f.) sein sollte, was programmatisch in den „Grundsätzen des Städtebaus“ (vgl. ebd.) aus dem Jahr 1950 von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik als erster von 16 Grundsätzen festgelegt wurde.

Neben der ideellen Repräsentation politischer Macht im Zentrum der Städte wurde der Städtebau der Zweckmäßigkeit untergeordnet, mit dem Anspruch, „Arbeit, Wohnung, Kultur und Erholung“ zu gewährleisten (ebd.). Daraus resultierte auch in den späteren Nachkriegsjahren eine stärker als im Westen ausgeprägte Orientierung an Neubauten anstatt an Rekonstruktionen, die in ihrer Ästhetik auch den städtebaulichen Idealen der übrigen sozialistischen Volksdemokratien entsprach (vgl. Beyme 1987, 282; vgl. hierzu weiter Pribersky 2011). Dies betraf auch zentrale Repräsentationsbauten. Hinsichtlich des Wiederaufbaus und der Neugestaltung ihrer Repräsentationsarchitektur setzte die

DDR bauliche Leitlinien um, die ihr Selbstverständnis als „Klassennation“ hervortrug (Beyme 1987, 13). Diese umfassten vor allem moderne Baustile und industriell gefertigte Materialien.

In begrenztem Umfang ging auch die DDR in späteren Wiederaufbauphasen dazu über, Baudenkmäler im Land zu erfassen und Pläne auszuarbeiten, nach denen ausgewählte Bauten restauriert werden sollten (vgl. ebd., 318 f). Somit wurde auch in der DDR zum Teil auf die Vorkriegsarchitektur erinnerungspolitisch Bezug genommen, vor allem im Hinblick auf als für den eigenen Staat kulturell bedeutsam eingeordnete Bauten und Areale (zum Beispiel in Weimar als literaturgeschichtlich bedeutende Stadt). Stärker als im Westen war in der DDR aber die Industrie- und Wohnungspolitik das zentrale politisch und sozial konstituierende Element der Stadtplanung. In der darauf fokussierten Städtebaupolitik konnte sich die Ästhetik der sozialistischen Moderne stärker entwickeln und sichtbar werden als etwa in vormoderner Bausubstanz.

In der Bundesrepublik waren Art und Umfang des Neu- oder Wiederaufbaus, stärker als in der SBZ beziehungsweise der DDR, vom Bestand der Ruinen, der lokalen Bautradition, ideologischen Faktoren vom Leitbild der Verantwortlichen im Städtebau sowie des Aufbauwillens der lokalen Bevölkerung abhängig (vgl. Beyme 1987, 183). Insbesondere dort, wo Behörden und andere öffentliche Institutionen Interesse am Bezug zentral gelegener und repräsentativer Gebäude hatten, wurde der Wiederaufbau von zerstörten Schlössern mit der notwendigen Integration moderner Parlamentsarchitektur und Technik, die der Parlamentsbetrieb forderte, in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorangetrieben (vgl. ebd., 225). Rekonstruktionen wurden also vor allem dort vorgenommen, wo sich öffentliche Institutionen durch sie auch historisch-politisch legitimieren wollten. Detailgetreue Rekonstruktionen adeliger Schlösser erwiesen sich aber aufgrund mangelnder praktischer Strukturen, etwa für Behörden- oder Parlamentsgebäude, bereits damals oft als unnötig und angesichts des zunächst vorherrschenden Mangels an Baumaterial als nachrangiges Ziel des Wiederaufbaus (vgl. ebd., 226). Oft waren also ökonomische Faktoren ausschlaggebend für oder wider eine Rekonstruktion beziehungsweise einen Umbau. Hinzu kam auch in Westdeutschland die Debatte über die Bedeutung der Demokratie im Bau in

Abgrenzung zum NS. Die Debatte über „demokratische Architektur“ in der Bundesrepublik

„[...] steht als prominentes Beispiel für eine bewusste Abkehr von baulichen Formen nicht-demokratischer Regime in Deutschland und anderswo, und das unter den besonderen zeithistorischen Umständen der Nachkriegszeit, als beide Teile Deutschlands mit alten und neuen Hauptstädten wiederaufgebaut wurden und politische Führungsfiguren der Bonner Republik [...] in bewusstem Kontrast zu den geschlossenen öffentlichen Plätzen der Wilhelminischen und den manipulierten Räumen der Nazi-Architektur eine neue Ebene der Transparenz einforderten.“ (Minkenberg 2020, 21)

In West- und Ostdeutschland wurden im Rahmen der jeweiligen Debatte die architektonischen Bedingungen für einen „Arbeitsparlamentarismus“ mit schlichter und funktionaler Architektur für parlamentarische Neubauten geschaffen und dabei die prunkvolle Repräsentation des frühen, oft am Schlossbau orientierten Parlamentarismus weitgehend vermieden.

In der Bundesrepublik ermöglichte nach der unmittelbaren Nachkriegszeit ein allgemein steigender Wohlstand eine Wende der Baupolitik, die auch auf eine zunehmend historisierende Restauration und Rekonstruktion der zerstörten Vorkriegsarchitektur abzielte (vgl. Beyme und Berger 1992, 30). Übereinstimmend mit einem im Westen immer stärker werdenden Selbstverständnis als „Kulturnation“, das auch als Abgrenzung zum ostdeutschen Städtebau verstanden wurde, wurde die Wiederaufbaupolitik ab der Mitte der 1970er Jahre hinsichtlich zerstörter monarchischer Repräsentationsbauten (insbesondere der innerstädtischen Schlösser) zunehmend von einer denkmalpflegerischen Linie getragen (vgl. Beyme 1987, 229). In diesem Zeitraum wurde in der BRD verstärkt mit der Rekonstruktion historischer Baudenkmäler begonnen. Von Anfang an wurde die Debatte um den Wiederaufbau und die Pflege von Baudenkmälern auf allen Ebenen als politische Praxis verstanden. Einerseits aufgrund der geschichtspolitischen Bewandtnis, andererseits aufgrund der fiskalischen Verpflichtungen, da es sich bei der Denkmalpflege um öffentlich finanzierte Maßnahmen handelte (vgl. ebd., 230). 30 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs waren die akuten Bedarfe an Wohn- und Gewerberaum zudem weitestgehend gedeckt (vgl. ebd., 231). Finanziell und politisch eröffneten sich damit Möglichkeiten, Rekonstruktionen von

Baudenkmälern mit in das Zentrum der Stadtbildpflege zu rücken sowie zunehmend postmaterielle Bedürfnisse nach Identität und Zugehörigkeit durch zentrale und verschiedenförmige Repräsentationsbauten zu decken (vgl. ebd.). Zunehmendes Reiseaufkommen und eine stärker werdende Tourismuswirtschaft in westdeutschen Mittel- und Großstädten stellten weitere Faktoren dar, die zu Rekonstruktionen vormals zerstörter Baudenkmäler führten (vgl. ebd., 230 f.). Für die Wiederherstellung oder zumindest die Entlehnung der Vorkriegsästhetik von Altstädten, Schlössern und Sakralbauten in den Stadtzentren der Nachkriegszeit wurde nun hinsichtlich der Attraktivitätssteigerung der Stadt als Ort kultureller Zelebrierung der Vorkriegsarchitektur argumentiert.

Im ab 1990 wiedervereinigten Deutschland vollzog sich auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, mit ihrer Teils brachliegenden, klassizistischen Bausubstanz, kurz nach dem Beitritt zur BRD vielerorts und vor allem in den größeren Städten ein schneller Wandel der „baulich-symbolischen Umwelt“ (Schulz zur Wiesch 2007, 231). Dies geschah auf vielfältige Weise; in einer frühen Phase nach der Wiedervereinigung durch die Entfernung der offiziellen Staatsinsignien der ehemaligen DDR und die Ersetzung durch die der demokratischen BRD, die Umbenennung von Straßen in Ostberlin, den Ab- oder Umbau von Denkmälern der DDR und den weitgehenden Abriss der Berliner Mauer (vgl. ebd., 231). In späteren Phasen der baulich-symbolischen Normalisierung (vgl. ebd., 246) seit der Wiedervereinigung, zum Beispiel im seit 1999 wieder als Bundeshauptstadt genutzten Berlin, in der die meisten akuten städtebaulichen Weichenstellungen vollzogen waren (vgl. ebd.), setzte sich in den 2000er Jahren zunehmend eine bauliche Tendenz durch, die als „restaurative Nostalgie“ (Boym 2001) bezeichnet werden kann. Vereinzelt waren derartige Pläne bereits früher diskutiert wurden.

Boym skizziert zwei Arten beziehungsweise Motive der Nostalgie. Zum einen das Ziel, die Vergangenheit in der Gegenwart an Stelle des Gegenwärtigen Erinnerns wiederherzustellen (restaurative Nostalgie) und das Ziel, die Vergangenheit in der individuellen oder gesamtgesellschaftlichen Erinnerung zu vergegenwärtigen, ohne dabei die Gegenwart zu negieren (reflexive Nostalgie). Für die restaurativen Prozesse auf dem Gebiet der ehemaligen DDR nach 1990 ergibt sich eine Problematik für eine gesamtdeutsche Erinnerungspolitik. Zwar wird eine Lesart der Vergangenheit, die das Kaiserreich als gesamtdeutsche Geschichte

interpretiert, durch Rekonstruktionen wie in Potsdam und Berlin prominent dargestellt. Aber ein für die Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR vermutlich viel bedeutenderer und konstituierender Teil ihrer selbst erlebten Geschichte und Identität wird durch restaurative Nostalgie zurückgedrängt; nämlich die der politischen Macht und der gesellschaftspolitischen Ideale der DDR, ebenso wie die Erinnerung an ihr staatliches Unrechts- und Überwachungsregime. Dies manifestiert sich darin, dass authentische Orte politischer Macht in der DDR (wie der Palast der Republik), die nach 1990 auch zu Erinnerungsorten wurden, teilweise durch historisierende Gebäude mit vordemokratischer Ästhetik ersetzt wurden.

3. Untersuchungsgegenstände in Potsdam und Berlin: Historischer Kontext und Prozesse der Rekonstruktion

3.1 Der Brandenburgische Landtag im Potsdamer Stadtschloss¹

Potsdam, die Hauptstadt des deutschen Bundeslandes Brandenburg, ist eine Großstadt, die unmittelbar vor den Toren der Bundeshauptstadt Berlin liegt. Im Laufe der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts zu einer preußischen Garnisons- und neben Berlin zweiten königlichen Residenzstadt ausgebaut (vgl. Landtag Brandenburg 2014a, 8; vgl. Giersberg 1998, 55), hatte sie bis in das 20. Jahrhundert eine hohe politisch-repräsentative Bedeutung. Während der deutschen Teilung war sie eine wichtige geografische und politische Schnittstelle auf Seiten der DDR nach Westberlin, hier vor allem über die Glienicker Brücke. Das wiedererbaute Potsdamer Stadtschloss, heute Sitz des Landtags Brandenburgs, befindet sich im Zentrum der Landeshauptstadt, in direkter Nähe des Ufers der Havel. In seiner bis zur Zerstörung gegen Ende des Zweiten Weltkriegs letzten Form im Stil des friderizianischen Rokoko wurde es während der Herrschaft Friedrichs II. 1750 fertiggestellt (vgl. Landtag Brandenburg 2014a, 8, vgl. Abbildung 1). Das alte wie das neue Stadtschloss befanden und befinden sich am Potsdamer Alten Markt, einem zentralen Platz der Stadt, um den sich bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs ein Ensemble aus verschiedenen prägenden Barockbauten entwickelt hatte, darunter die Kirche St. Nikolai oder auch das Palais Barberini.

¹ Dieses Unterkapitel enthält Textpassagen, die im Rahmen einer selbst erstellten Seminararbeit zum Untersuchungsgegenstand Potsdamer Stadtschloss entstanden sind.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und des Deutschen Kaiserreichs dienten Räume des Stadtschlosses bis 1941 für Stadtverordnetenversammlungen und als Museum (vgl. ebd., 10 f.). Kurz vor dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde unter anderem auch das Stadtschloss bei einem alliierten Luftangriff im April 1945 durch Spreng- und Brandbomben zerstört, verhältnismäßig große Teile des Fundaments und der Fassade blieben jedoch erhalten (vgl. Abbildung 2). Nach einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung Potsdams Ende 1959 wurde die Schlossruine 1960 gesprengt und die Überreste abgetragen, einige noch erhaltene Fassadenelemente wurden jedoch vom Institut für Denkmalpflege der DDR geborgen und weiter verwahrt (vgl. Landtag Brandenburg 2014a, 11). Im Zuge der Umgestaltung der Mitte Potsdams wurde auf dem südlichen Teil des ehemaligen Schlossgeländes eine mehrspurige Straße angelegt, der nördliche Teil hin zum Alten Markt blieb bis in die späten 1980er Jahre hinein eine unbebaute Grünfläche, auf der noch wenige Jahre vor der Wiedervereinigung mit dem Bau eines neuen Theatergebäudes begonnen wurde (vgl. ebd., 11 f.). Im Laufe der 1960er und 1970er Jahre wurde auch das weitere Areal um den Alten Markt weitgehend modernisiert. Zwar wurde die gegenüber des ehemaligen Schlossareals gelegene Kirche St. Nikolai saniert, daran angrenzend entstanden aber ein Fachhochschul- und Bibliothekskomplex sowie ein Hotelhochhaus der staatseigenen Interhotels im Stil der sozialistischen Moderne (vgl. Landeshauptstadt Potsdam 2021b). Im Zuge der Neugestaltung des Areals um den Alten Markt nach der Wiedervereinigung wurde die Bibliothek bis 2016 renoviert, die Fachhochschule 2018 abgerissen.

Die bereits in den frühen 1990er Jahren wieder aufgenommene Debatte um eine Umgestaltung der Potsdamer Mitte nach historischem Vorbild, die auch den Wiederaufbau des Stadtschlosses einschloss, lief schließlich in einem im Jahr 2005 mehrheitlich gefassten Beschluss des brandenburgischen Landtags zusammen (vgl. Landtag Brandenburg 2008a). Unter der Prämisse einer größtmöglichen Annäherung der Rekonstruktion an die Gliederung und äußere Erscheinung des historischen Schlosses, unter Verwendung vorhandener originaler Bauteile und gegebenenfalls erforderlicher Nachfertigungen (vgl. Landtag Brandenburg 2014a, 16), wurde der Neubau eines „funktionsfähigen Parlamentsgebäudes“ beschlossen, in dem „sämtliche Bereiche des Parlamentes in einem Gebäudekomplex

untergebracht sind“ (Landtag Brandenburg 2008a, 1). Im Rahmen dieses Beschlusses wurde jedoch zugleich anerkannt, dass eine exakte Rekonstruktion der äußereren Erscheinung unter der Voraussetzung eines funktionalen Parlamentsbetriebs nicht umsetzbar war (vgl. ebd., 3). Die Errichtung eines neuen Parlamentsgebäudes war nötig geworden, da der brandenburgische Landtag seit der Entstehung des Bundeslandes 1990 provisorisch in dem Gebäude der ehemaligen königlich-preußischen Kriegsschule auf dem Potsdamer Brauhausberg getagt hatte (vgl. Landtag Brandenburg 2021). Als weitere Bedingung für den Landtagsneubau wurde die von der Hasso-Plattner-Förderstiftung entrichtete Spende in Höhe von 20 Millionen Euro mit in den Beschluss aufgenommen; der so zur Verfügung gestellte private Zuschuss war seitens der spendenden Stiftung an die Bedingung geknüpft, die Fassade des Landtagsneubaus möglichst genau nach dem historischen Vorbild wiederherzustellen (vgl. Landtag Brandenburg 2008a, 1). Eine von der Stadt Potsdam initiierte, aber für die letztliche Entscheidung rechtlich unverbindliche Bürgerbefragung Ende 2006 ergab eine relative Mehrheit von rund 43% für die Errichtung eines Landtagsgebäudes nach historischem Vorbild auf dem Gelände des ehemaligen Stadtschlosses, bei einer Beteiligung von rund 46% der wahlberechtigten Potsdamer Bürgerinnen und Bürger (vgl. Landtag Brandenburg 2014a, 15). Die Bauarbeiten für das neue Landtagsgebäude starteten Anfang 2011 und wurden im Oktober 2013 abgeschlossen (vgl. Abbildung 3). Trotz des weitgehend im Sinne einer des historischen Schlosses entlehnten Replik errichteten Neubaus ist in seinem Entstehungsprozess auch Kritik an dem Rekonstruktionsvorhaben mit in die Umsetzung eingeflossen, die sich mit der Diskrepanz zwischen Originaltreue und funktionalen Anforderungen auseinandersetzt. Auf der Westseite der Außenfassade des Schlosses wurde in goldfarbenen Buchstaben der Ausdruck „Ceci n'est pas un chateau“ angebracht, was eine künstlerische Entlehnung des Bildes „La trahison des images“ von René Magritte darstellt, worauf der Ausdruck „Ceci n'est pas une pipe“ angebildet ist.

In der Entstehungsgeschichte des brandenburgischen Landtagsgebäudes ist deutlich geworden, dass es sich bei dem heutigen Stadtschloss nicht um eine weitgehend identische Rekonstruktion nach historischer Vorlage handelt, sondern um eine phänotypisch daran angelehnte Replik. Aufgrund der notwendigen, funktional begründeten Prämissen, einem modernen Parlamentsbetrieb gerecht zu

werden, mussten zwangsläufig bauliche Änderungen im Vergleich zur ursprünglichen friderizianischen Schlossanlage vorgenommen werden. Dies wird vor allem mit Blick auf den modernen Innenausbau und die äußeren Maße der Schlosskulisse deutlich. Der Innenhof wurde im Vergleich zum ursprünglichen Schloss um 1.500 m² verkleinert, um alle Büros, den Plenarsaal und weitere Räume des Parlaments und aller seiner Bestandteile dort ansiedeln zu können. Es fand ein „revival“ (vgl. Beyme 1996b, 23) friderizianischer Rokoko-Architektur statt, die vereinzelt authentische Überreste enthält, wie zum Beispiel einzelne Fassadenelemente. Es handelt sich dezidiert nicht um ein „survival“, also den Erhalt bestehender und authentischer Architektur und ihrer Ikonologie (vgl. Beyme 2004, 355). Unter Berücksichtigung des Standorts des Landtagsgebäudes am Alten Markt wird zudem deutlich, dass der Neubau Teil eines zumindest in Teilen kritischen Rekonstruktionsensembles ist. Unter dem Namen „Potsdamer Neue Mitte“ wird seit 1999 ein mehrstufiges Konzept entwickelt, in dem neben Rekonstruktionen und äußerlichen Repliken nach dem Vorbild historischer Bauten am Alten Markt auch weitere Teile der Potsdamer Stadtmitte zu einem Kultur- und Wohngebiet umstrukturiert werden (vgl. Landeshauptstadt Potsdam 2013, vgl. Abbildung 4). Teil der „Neuen Mitte“ ist auch die seit 2010 laufende und durch private Spenden finanzierte Wiedererrichtung der Garnisonkirche an Stelle des ehemaligen Potsdamer Rechenzentrums, das in den 1960er Jahren errichtet und bis heute nachgenutzt wird (vgl. Landeshauptstadt Potsdam 2021a). Die Soldatenkirche aus dem 18. Jahrhundert und Grablege Friedrichs I. und Friedrichs II. ist aus zeitgeschichtlicher Perspektive vor allem mit dem „Tag von Potsdam“ verbunden. Nach den Reichstagwahlen 1933 und der Wahl Hitlers zum Reichskanzler wurde in Potsdam öffentlichkeitswirksam der Schulterschluss zwischen den alten monarchistischen Eliten aus Militär, Kirche, Adel und Politik mit den neuen, radikalnationalistischen Machthabern akklamiert (vgl. Kopke und Treß 2013, 1):

„Und komplementär dazu steht die Potsdamer Garnisonkirche seit 1933 für den Sakralitätstransfer von Hindenburg auf Hitler nach deren gemeinsamem Aufenthalt am Sarg Friedrichs des Großen, für die Verbindung des alten Hohenzollernreichs mit dem neuen Reich der Nationalsozialisten sowie für das Bündnis zwischen NSDAP und Reichswehr.“ (Münkler 2016, 239)

In der Potsdamer Feier am 21. März 1933 im Rahmen der Konstituierung des am 5. März 1933 neu gewählten Reichstags war auch die Garnisonkirche ein bedeutender Bestandteil. Hier wurde der zentrale, konstituierende Staatsakt des neu gewählten Parlaments unter Vereinnahmung eines deutschnationalen Geschichtsnarrativ gefeiert (vgl. Wernicke 2013, 23; der Wiederaufbau wird durch einen wissenschaftlichen Beirat begleitet, vgl. hierzu weiter Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e. V. 2021).

Welche sind die relevanten Akteure im Für und Wider um den Landtagsneubau gewesen? Für den Neubau sprachen sich in der Phase der Konkretisierung der Pläne zu Beginn der 2000er Jahre verschiedene Akteure aus. Einerseits basiert die Entscheidung für den Neubau mit ästhetischen Entlehnungen des historischen Schlosses auf einer parlamentarischen Mehrheit des brandenburgischen Landtags, mit der neben der erinnerungspolitischen Maßnahme im Zuge der „Neuen Mitte“ eine funktionale Verbesserung des Parlamentsbetriebs umgesetzt wurde. Im Rahmen einer öffentlich-privaten Kooperation war eine bedingte private Großspende Voraussetzung für den Neubau. In einem plebisztären Referendum der Stadt Potsdam sprachen sich eine relative Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger sowie private Fördervereine für die Errichtung des neuen Landtagsgebäudes aus. Gegen den Neubau standen die Minderheit des Referendums von 2006, die parlamentarische Opposition im brandenburgischen Landtag, Bürgerinitiativen und Stimmen aus den Fachbereichen Theologie und Architekturtheorie, die sich vor allem gegen die geschichtspolitische Problematik des Rekonstruktionsensembles aussprachen (vgl. Landtag Brandenburg 2008a, 4879; vgl. hierzu weiter Martin-Niemöller-Stiftung e.V. 2021).

Im Zuge der Umgestaltung der Potsdamer Mitte wird aus erinnerungskultureller und erinnerungspolitischer Sicht eine historisierende Ästhetik für baulich manifestierte demokratische Institutionen entlehnt, die gleichzeitig authentische Gebäude im Stil des sozialistischen Modernismus im Stadtzentrum für sich ablehnt und ersetzt. Die Ideologiekritik am Neubau des Landtagsgebäudes in Potsdam im Rahmen der „Neuen Mitte“ besteht im Prozess der Tilgung authentischer Gebäude, in der ikonologischen und erinnerungspolitischen Zurückweisung der historischen Episode der DDR im Stadtbild, der Rekonstruktion teilweise historisch vorbelasteter Gebäude wie der

Garnisonkirche und der Bevorzugung monarchistischer Ästhetik vor der Schaffung einer eigenen, bунdesrepublikanisch-architektonischen Manifestation demokratischer Macht.

Für zum Teil rekonstruierte Bauten wie das neue Potsdamer Stadtschloss stellt sich zudem nicht vordergründig die Frage der technischen beziehungsweise handwerklichen Umsetzbarkeit. Fortschrittliche Technologien in Bau und Fertigung erleichtern diese wesentlich, wenngleich diese nach wie vor hohen Aufwand und Expertise erfordern. Stattdessen rückt bei der Rekonstruktion, beziehungsweise dem Neubau mit ästhetischen Entlehnungen des historischen Vorbildes, eher die intendierte Wirkung der baulichen Rekonstruktion auf die subjektive Wahrnehmung ihrer Rezipient*innen (vgl. Fischer 2011, 76) und welche Atmosphäre (vgl. Fischer 2011, 76) der Bau schafft (ästhetisch, politisch, historisch) in den Mittelpunkt. Der künstlerische Anspruch einer authentischen Schlossanlage aus vorindustrieller Zeit ist hier also in den Hintergrund getreten. Die detailgetreue Rekonstruktion nach Fotovorlagen oder ähnlichem ist per se erst eine Option in der Moderne und unterscheidet sich dahingehend wesentlich von der Wiederherstellung von Bauten in Zeiten, in denen keine vergleichbaren Vorlagen und Dokumente zugänglich waren. Das technische reproduzierte Kunstwerk, beziehungsweise hier das rekonstruierte Gebäude, kann im Sinne Walter Benjamins nicht die „Aura“ und Authentizität des Originals wiedergeben oder dessen Werdegang für sich in Anspruch nehmen (vgl. Benjamin 2011, 13 f. u. 17).

Die Diskrepanz zwischen intendierter Authentizität und Funktionalität wird durch dessen Nutzung als Sitz des Landesparlaments noch verdeutlicht. „Der einzigartige Wert des ‚echten‘ Kunstwerks hat seine Fundierung im Ritual, in dem es seinen originären und ersten Gebrauchswert hatte“ (Benjamin 2011, 19). Die ursprüngliche rituelle beziehungsweise personifizierte machtpolitische Repräsentationsfunktion des Schlosses als Residenz der preußischen Könige ist hier nicht mehr aktuell. Die monarchische Residenz als gesellschaftlich-politisches, ökonomisches und räumlich-ästhetisches Phänomen, die stets auch mit der herrschenden Person und auch der Residenz- und Hauptstadt eines Landes in Verbindung gebracht wird, ist damit auch immer ein ideologisch besetzter Raum, in dessen Form und Ausstattung die Legitimität der Herrschaft zur Anschauung gebracht wird (vgl. Woldt 2011, 311). Als ästhetische Entlehnung des

ursprünglichen Schlosses ist auch dessen Funktion als authentische Quelle und Rudiment durch die Eigenschaften des Neubaus nicht mehr gänzlich gegeben. Denn der als demokratisches Parlament genutzte Neubau hat andere Proportionen und eine andere, an funktionale Bedingungen eines im Vergleich zur monarchischen Repräsentation tendenziell eher entpersonifizierten (vgl. Müller 2011b, 204) modernen Parlamentsbetriebs angepasste bauliche und technische Innenausstattung. Der ursprüngliche politische und künstlerisch-authentische Kultwert des ehemaligen Schlosses ist einem rein äußerlichen „Ausstellungswert“ gewichen (vgl. Benjamin 2011, 22; vgl. weiter zum „Bilbao-Effekt“ Aldea 2014, 242) mit dem auch die architektonische und kulturelle Attraktivität der „Neuen Mitte“ erhöht werden soll. Die Wiederaufnahme alter Baustile trägt in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart stets ein Bekenntnis zu ihren jeweiligen historischen, politischen und sozialen Idealen und Vorstellungen in sich, die sich in einem angewandten Stil manifestieren (vgl. Warnke 1996, 12). Als historisches Beispiel kann der Neobarock des 19. Jahrhunderts als Ausdruck der restaurativen, gegenreformatorischen und absolutistischen Kräfte nach dem Wiener Kongress von 1815 genannt werden (vgl. ebd.). Mit Blick auf die noch vorhandenen Gebäude aus der Zeit der DDR in der Potsdamer Stadtmitte, kann der Landtagsneubau auch als eine Art Gegenbau zur sozialistischen Stadtarchitektur gewertet werden (vgl. ebd.).

Mit Blick auf die hier aufgegriffenen theoretischen Annahmen Walter Benjamins wird die Diskrepanz zwischen der Ästhetik und der Funktion des Landtags deutlich. Aus der Perspektive der taktischen Rezeption ist der funktionale Aspekt des Gebäudes eindeutig. Es handelt sich um ein demokratisches Parlament mit Plenarsaal und Abgeordnetenbüros. Die optische Rezeption unterscheidet sich jedoch davon. Hier liegt eine monarchische, barocke Schlossästhetik vor, die sich insofern geschichtspolitisch von möglicherweise vergleichbaren Bauten, wie etwa dem Reichstagsgebäude in Berlin, der architektonischen Manifestation des bundesdeutschen Parlamentarismus, unterscheidet. Denn anders als das Reichstagsgebäude ist das neue Stadtschloss ein Neubau mit bewusst nachgestellter historisierender Kulisse. Die Dimensionen der Geschichtskultur nach Rüsen unterstreichen bei ihrer Anwendung auf den brandenburgischen Landtag vor allem die kritische Ästhetik nicht nur des Schlosses, sondern auch anderer Teile des Rekonstruktionsensembles, zu dem es gehört. Der auf Dauer angelegte

Legitimationsbedarf *politischer* Institutionen, hier in Form der baulichen Manifestation eines Parlaments, stützt sich auf die *ästhetische* Übernahme des Rokoko-Stils des historischen Stadtschlosses. Im Kontext des übrigen Ensembles kollidiert die historisch-moralische Verantwortung mit den Erkenntnissen des aktuellen historischen Forschungsstands. Historisch vorbelastete und in den 1930er und 1940er Jahren zur antidemokratischen Akklamation monarchischer Eliten und des Nationalsozialismus genutzte Orte werden durch demokratische Beschlüsse wiederbelebt und in die Ikonografie eines Parlaments und eines urbanen Zentrums übernommen.

3.2 Das Humboldt Forum im Berliner Schloss

Erste Bauten am Standort des späteren Stadtschlosses entstanden ab dem Jahr 1443 unter Friedrich II., Kurfürst der Mark Brandenburg. Berlin stellte zu diesem Zeitpunkt noch keine überregional bedeutende Stadt dar. Die ihm nachfolgenden Herrscher ließen Erweiterungen und Umbauten vornehmen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2015, 2) Das Schloss entwickelte sich auch mit dem Aufstreben Berlins und des preußischen Königtums von der brandenburgisch-kurfürstlichen Residenz zum offiziellen Sitz preußischer Könige. Obwohl das Schloss de facto selten als Herrschaftssitz genutzt wurde, wurde es jedoch regelmäßig zu Repräsentationszwecken genutzt. Es war ein Symbol für die Macht der Hohenzollernmonarchie (vgl. ebd., 3). Die Grundzüge jenes Schlosses, beziehungsweise dessen Ausbau auf der Spreeinsel in der Mitte Berlins, auf den sich auch der aktuelle Rekonstruktionsbau weitgehend bezieht, entstand um das Jahr 1700 (siehe Abbildung 5; vgl. Schneider 2013, 11; vgl. Rundfunk Berlin-Brandenburg 2021). Trotz dessen Funktion als Repräsentationsobjekt aristokratischer Macht, erhielt das Berliner Stadtschloss auch Bedeutung als Schauplatz erster parlamentarischer Bestrebungen. Im Jahr 1847 eröffnete Friedrich Wilhelm IV. mit dem Vereinigten Landtag hier ein ständisches Parlament. Im Zuge der in weiten Teilen Europas aufkommenden Demokratiebewegungen demonstrierten am 18. März 1848 auf dem Schlossplatz Bürger*innen für die konstitutionelle Absicherung bürgerlicher Grundrechte, die Überwindung der Ständegesellschaft und die nationale Einheit eines deutschen Staates (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2015, 4). Nach der Gründung des Deutschen

Kaiserreiches im Jahr 1871 diente das Stadtschloss dem ersten Kaiser Wilhelm I. weiterhin vor allem repräsentativen Zwecken (vgl. ebd., 5).

Nach der „Märzrevolution“ von 1848 wurde das Stadtschloss mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Ende des Kaisertums erneut zur Kulisse revolutionärer Kundgebungen. Am 09. November 1918 verkündete Karl Liebknecht vor dem Schloss das Ende der Monarchie und rief die ‚freie sozialistische Republik Deutschland‘ aus, deren Durchsetzung jedoch scheiterte (vgl. ebd., 6). Mit dem Ende der offiziellen Nutzung des Schlosses als Herrschaftssitz und damit auch dem Schwinden der Bedeutung des Schlosses als Kulminationspunkt von Herrschaftssymbolik der Hohenzollern im Zentrum der Hauptstadt Berlin, wurde das Stadtschloss umfunktioniert. Ab 1918 wurden dessen Räume als Museum, für Forschungstätigkeit, für Konzerte sowie als Sitz unterschiedlicher Verbände und Institutionen genutzt (vgl. ebd., 7 f.). Die Funktion des Schlosses wandelte sich; weg von machtpolitischer Repräsentation, hin zu einem Raum bürgerlich-kultureller Aneignung und Nutzung. Eine erneute politisch-symbolische Aufladung erfuhren der Bau und insbesondere der zugehörige Lustgarten vor dem Schloss zwischen 1933 und 1945. Das nationalsozialistische Propagandasystem deutete das Schloss als symbolisch wertvolle Kulisse und veranstaltete dort medienwirksam Aufmärsche. Im Gebäude selbst befand sich mit der Reichskulturkammer ein „Ausführungsorgan nationalsozialistischer Gleichschaltung“ (ebd., 8). Nach Bombenangriffen im Februar 1945 brannte das Schloss fast völlig aus.

Zwar tagte im Jahr 1949 kurz nach der Gründung der DDR gelegentlich deren Volkskammer provisorisch in noch teilweise in Takt gebliebenen Räumlichkeiten des Schlosses (vgl. Beyme 2019, 99), nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges erlangte es aber nie wieder eine weiterreichende offizielle praktische oder symbolische Funktion. Bereits 1950 verkündete DDR-Staatsoberhaupt Walter Ulbricht:

„Das Zentrum unserer Hauptstadt, der Lustgarten und das Gebiet der jetzigen Schlossruine, muss zu dem großen Demonstrationsplatz werden, auf dem Kampfwillen und Aufbauwillen unseres Volkes Ausdruck finden können.“ (zitiert in Bundeszentrale für politische Bildung 2015, 8)

Am 7. September 1950 wurde die Bombenruine des Berliner Stadtschlosses auf Geheiß der DDR-Führung gesprengt (vgl. ebd., 2). Die weiteren Abrissarbeiten dauerten bis zum Ende des selben Jahres (vgl. Schneider 2013, 18). Einzelne Fassadenelemente, wie zum Beispiel Skulpturen, blieben erhalten und werden heute im neuerrichteten Berliner Schloss ausgestellt. Die Sprengung des Schlosses war eine innen- wie außenpolitisch symbolträchtige Entscheidung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) unter Führung von Generalsekretär Walter Ulbricht gewesen. Die bis Ende 1918 bedeutende Herrscherresidenz der Hohenzollern „war für die sozialistische Staatsführung der DDR der Inbegriff von preußischem Militarismus und Imperialismus“ (Bundeszentrale für politische Bildung 2015, 2). In der Bundesrepublik wurde die Sprengung der Ruine von unterschiedlichen Akteuren aus denkmalpflegerischer Perspektive kritisiert (vgl. ebd.). Im Zuge des nach sozialistischen Idealen vorangetriebenen Aufbaus Ost-Berlins, der auch monozentrische Versammlungs- und Demonstrationsorte vorsah, wurde nicht nur die Schlossruine beseitigt, sondern auch dessen unmittelbare Umgebung stark verändert, um Platz für Aufmärsche zu schaffen (vgl. Beyme 2019, 97). Der ehemalige Schlossplatz wurde zum ‚Marx-Engels-Platz‘, einem von 1951 an zentralen Ort für öffentliche Kundgebungen und Versammlungen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2015, 9).

Zwischen 1973 und 1976 wurde der Palast der Republik auf dem ehemaligen Schlossgelände errichtet, das sich durch seine Lage auf der Spreeinsel in unmittelbarer Nähe zur Berliner Mauer und damit dem gesicherten Sperrbereich zwischen Ost- und West-Berlin befand (siehe Abbildung 8; vgl. RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH 2019). Er wurde zum Sitz der DDR-Volkskammer und zu einem Kulturzentrum mit Ausstellungen, Konzerten, Bars und Restaurants für Besucher*innen (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2015, 9). Ziel war die Verbindung politischer Symbolik mit allgemeiner kultureller Nutzung an einem zentralen und im ideologischen Sinne der DDR idealtypischen Ort in der Hauptstadt Berlin. Der Palast der Republik wurde als zentrales Organ eines „politischen Körpers“ (Beyme 1996a) proklamiert, das politische und gesellschaftliche Ideale dieses Staates in sich tragen sollte. Dass der Palast der Republik, ein ideell und symbolisch redundanter Bau der sozialistischen DDR, in unmittelbarer Nähe zur Berliner Mauer und der Westseite Berlins errichtet wurde,

konnte als Ausdruck des Willens der DDR-Regierung gegenüber des Westens verstanden werden, die Berliner Mitte und gerade diesen für die jüngere deutsche Geschichte prägenden Ort auf nicht absehbare Zeit für sich beanspruchen und behaupten zu wollen. 1990 wurde die reguläre Nutzung des Palastes jedoch nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes und sogar noch kurz vor der offiziellen Vereinigung der DDR mit der BRD wegen baulicher Mängel aufgegeben und mit dem Rückbau des Gebäudes im Inneren begonnen. Im Lauf der 1990er Jahre formierten sich unterschiedlich organisierte Interessengruppen rund um die Gestaltung und (Weiter) Nutzung des Palastareals und des Palastgebäudes, sowohl für dessen Weiternutzung als auch für die Wiedererrichtung des Schlosses, letzteres vor allem durch den *Verein Berliner Schloss e.V.* Bereits 1993 errichtete letzterer eine für mehrere Jahre sichtbare Attrappe um Teile des Palastes der Republik herum, um der Öffentlichkeit einen Eindruck einer Schlossrekonstruktion zu vermitteln (vgl. Schulz zur Wiesch 2007, 248). Der Verein sammelte Spenden für den Wiederaufbau, ebenso unterstützten einzelne Unternehmer den Verein finanziell (vgl. ebd.). Im Jahr 2002 beschloss der Deutsche Bundestag den Wiederaufbau des Stadtschlosses. Der Palast der Republik wurde zwischen 2006 und 2008 abgerissen. (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2015, 10). Bis zu seinem Abriss hatte der Palast durch unterschiedliche Zwischennutzungen eine neue Bedeutung als Veranstaltungsort im kulturellen Leben der Stadt Berlin gewonnen (vgl. Schulz zur Wiesch 2007, 251).

Der Palast der Republik stellte eine Art geographische Spießspitze sozialistischer Machtarchitektur dar, die in der Mitte der Stadt der Grenze zu West-Berlin direkt gegenüberstand. Jede Architektur, die sich heute an dieser Stelle befindet, steht auch automatisch an einem Ort, der für die Überwindung der Ost-West-Dichotomie im Stadtraum zwischen dem heutigen Platz der Republik und dem „Spreebogen“ steht. Die wiedervereinigte Stadtmitte ist vom Symbolwert der Wiedervereinigung durchtränkt (vgl. Wilhelm 2001, 8). Dies drückt auch das Ensemble aus renovierten und neu errichteten Gebäuden im heutigen Regierungsviertel Berlins aus (z.B. mit dem Reichstagsgebäude und dem Bundeskanzleramt). Die Bestrebungen zur Repräsentation des ab 1990 gesamten wiedervereinigten Deutschlands in einer gemeinsamen Hauptstadt waren eng mit der Bestimmung Berlins als neue (und alte) Hauptstadt verknüpft (vgl. Wilhelm

2001, 15). Von der erneuten politischen und symbolischen Besetzung der Mitte Berlins als Schauplatz gesamtdeutscher Demokratie versprach man sich eine integrative Wirkung, auch als ein positives Signal für die Erweiterung der europäischen Gemeinschaft nach Osten (vgl. ebd.).

Im Jahr 2000 beriefen die deutsche Bundesregierung und der Berliner Senat eine Expertenkommission „Historische Mitte Berlins“ (vgl. Beyme 2019, 131), die mit der Erarbeitung eines Konzepts für die Gestaltung des wiedervereinigten Zentrums der Hauptstadt beauftragt wurde. Die Ergebnisse der Kommission wurden 2002 präsentiert und auch im Deutschen Bundestag behandelt. In ihrem Konzept für die „Historische Mitte“ der Stadt empfahl die Kommission unter anderem einen Neubau am Standort des Palastes der Republik mit einer Nachbildung der Schlossfassade (vgl. Beyme 2019, 113). Der Deutsche Bundestag sprach sich in einer Abstimmung im Juli 2002 mit deutlicher Mehrheit des Plenums (65,2%) für die Umsetzung dieses Vorschlags aus (vgl. ebd.). Teil eines erweiterten Neubauplans war auch die Errichtung eines Freiheits- und Einheitsdenkmals vor dem Eingang des neuen Schlosses, das an die Friedliche Revolution in der DDR und die Wiedervereinigung 1989 und 1990 erinnern soll (vgl. Berlin.de 2022). Die Errichtung des Denkmals wurde 2007 durch den Bundestag beschlossen und sollte 2013 eröffnet werden. Umwelt- und Denkmalschutzfragen sowie unzureichende Finanzierung verzögerten den Baubeginn (vgl. ebd.). Im Mai 2020 wurde mit dem Bau begonnen, der 2023 abgeschlossen werden soll.

Unter dem Namen „Humboldt Forum im Berliner Schloss“ wurde der Neubaukomplex im Dezember 2020 eröffnet (siehe Abbildung 6; vgl. Land Berlin 2022). Aus dem ästhetisch bestimmenden Barockstil, der der ursprünglichen Schlossarchitektur entlehnt ist, sticht die in einem modernen Stil gehaltenen Ostfassade des Gebäudes hervor (siehe Abbildung 7; vgl. Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung 2022). Das Humboldt Forum ist als Kulturzentrum konzipiert und angelegt worden. Drei Einrichtungen beziehungsweise öffentliche Institutionen gestalten die inhaltliche Arbeit des Forums: Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz mit ihren staatlichen Museen, die Humboldt-Universität und die Zentral- und Landesbibliothek Berlin (vgl. Beyme 2019, 115). Die Trägerschaft und die Verantwortung für das Humboldt Forum liegt sowohl beim Bund als auch beim Bundesland Berlin (vgl. Schönberger 2020, 48). Die Verwaltungsgremien des

Humboldt Forums umfassen damit eine Vielzahl institutioneller Vertreter des Bundes und des Landes Berlin (vgl. ebd., 49). Das Forum selbst wird von der 2009 durch die deutsche Bundesregierung als Stiftung des bürgerlichen Rechts gegründete „Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss“ betrieben (vgl. Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss 2022c). Programmatisch umfasst das Humboldt Forum heute unterschiedliche Kulturveranstaltungen, im Zentrum des Programms stehen Kunstausstellungen. Neben einer Dauerausstellung zur Geschichte der Stadt Berlin sind auch ethnologische Sammlungen aus dem Besitz der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zu sehen (vgl. Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss 2022b).

Öffentliche Kritik am Betrieb des Forums besteht unter anderem an dessen Finanzierung. Da die übergeordnete verantwortliche Stiftung des Humboldt Forums ein privatrechtliches Konstrukt ist, das nicht unmittelbar an inhaltliche und finanzielle öffentlich-rechtliche Kontrolle geknüpft ist, gibt es keine demokratische Kontrolle über die größtenteils öffentlich bereitgestellten Mittel des Forums (vgl. Schönberger 2020, 50). Ähnlich wie das Potsdamer Stadtschloss weist das Humboldt Forum eine funktionale und ästhetische Dichotomie auf. Es ist ein technisch moderner Neubau mit bewusst nachgestellter historisierender Kulisse (vgl. Kapitel 3.1). Dadurch entsteht ein Kontrast zwischen der äußeren Kulisse und der inneren Funktion, zwischen historisierender und moderner Ästhetik. Einzelne programmatische Inhalte des Forums wurden und werden medial kritisiert, insbesondere die ethnologischen Sammlungen der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, da sie koloniale Raubkunst umfasst. Zwar ist es ein erklärtes Ziel der Träger und Betreiber des Forums, die deutsche Kolonialgeschichte und Fragen des Umgangs mit Raubkunst aufzuarbeiten (vgl. Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss 2022a), dauerhafte Rückgaben an die Herkunftsländer werden aber weiterhin nicht umgesetzt (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung 2022). Beyme (2019) spitzt den sich daraus ergebenden Kontrast zwischen architektonischem Historismus eines zentralen öffentlichen Gebäudes auf der einen Seite und der Verweigerung der Restituiierung der Eigentumsverhältnisse der kolonialen Raubkunst auf der anderen Seite folgendermaßen zu:

„Die Architektur signalisierte, dass man Geschichte rückgängig machen konnte. Wenn aber Dritt-Welt-Länder die einst kolonialistisch entführten Kunstobjekte zurückforderten, wurden sie mit dem Hinweis abgewimmelt, dass man die Geschichte nicht rückgängig machen könnte.“ (ebd., 121)

Gemäß Artikel 22 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist die Repräsentation des Gesamtstaates in der Hauptstadt Aufgabe des Bundes. Betrachtet man das neue Schloss, ein zentrales Gebäude der „Historischen Mitte“ Berlins und damit Teil der offiziellen symbolischen und geografischen Mitte bundesrepublikanischer Politik, wirft es die Frage auf, „in welcher Weise und vor allem mit welchem [historischen] Bild der Gesamtstaat denn in Berlins neuer Mitte vertreten sein sollte“ (Schönberger 2020, 52). Wie soll die weitgehend detailgetreue Kulisse als ästhetisches „revival“ (vgl. Beyme 1996b, 23) eines preußischen Herrschaftssitzes das geeinte Deutschland im 21. Jahrhundert repräsentieren?

Die Entstehungsgeschichte des neuen Berliner Schlosses gleicht in zentralen Punkten der des Potsdamer Stadtschlosses. Beide Orte waren bis 1945 durch opulente monarchische Machtarchitektur bestimmt und bis zu deren Zusammenbruch des deutschen Kaiserreichs 1918 bedeutende Symbole kaiserlicher Herrschaft. In der Zwischenkriegszeit wurden beide Schlösser für andere politische und kulturelle Zwecke genutzt. Am Ende des Zweiten Weltkrieges schwer zerstört, wurden beide Schlossruinen nach der Gründung der DDR endgültig abgetragen. Im Sinne der politischen Führung der DDR wurden beide zentral gelegenen Plätze zu Orten umfunktioniert, an dem die Architektur und Ikonologie einer Stadt nach sozialistischen Idealen dargestellt werden sollte. Der Palast der Republik, der ab 1976 auf dem Boden des ehemaligen Berliner Schlosses als Sitz zentraler Staatsorgane der DDR und kulturelles Zentrum zugleich fungierte, besetzte damit auch demonstrativ die geografische Mitte Gesamt-Berlins auf der Spreeinsel. Nach dem Zusammenbruch des SED-Regimes und dem Beitritt der DDR zur BRD vollzog sich gerade im nun wieder als Hauptstadt fungierenden Berlin eine ikonologische Umwandlung der Stadtzentren und ihrer politischen und kulturellen Architektur. Ehemals bedeutende politische Repräsentationsbauten und Erinnerungsorte der früheren DDR wurden, wie der Palast der Republik, zurückgebaut. Im sanierten und teils neu errichteten Regierungs- und Parlamentsviertel sollten demokratische Ikonologie und Ästhetik erfahrbar

gemacht werden, etwa durch die gläserne Reichstagskuppel. Auch das Berliner Schloss durchbricht an der Ostfassade seine historisierende „revival-Architektur“, wodurch die Gesamtwahrnehmung des Schlosses im äußeren aber nur geringfügig beeinflusst wird. Damit wird eine Auseinandersetzung mit der Diskrepanz zwischen Originaltreue, funktionalen Anforderungen und kritischer Erinnerungskultur angedeutet. Während die Replik des Potsdamer Stadtschlosses direkt an die Bedingungen eines privaten Großspenders geknüpft war, trugen in Berlin vor allem einzelne Initiativen und teils durch Großspender unterstützte Vereine durch Öffentlichkeitsarbeit und Spendensammlungen als private Pressuregroups aktiv zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses bei (Schönberger 2020, 52). Durch private Spenden wurde etwa die Rekonstruktion der Kuppel über dem Haupteingang des Schlosses finanziert.

Anders als das Potsdamer Stadtschloss repräsentiert das Berliner Schloss kein Parlament oder eine bestimmte Regierungsinstitution. Es handelt sich um eine öffentlich finanzierte und teilöffentlich betriebene Einrichtung des Bundes und des Landes Berlin, deren funktionaler *Gebrauch* der eines Raumes für kulturellen Betrieb und universitäre Forschung ist. Das neue Berliner Schloss konfrontiert die *Wahrnehmung* seiner Betrachterinnen und Betrachter mit replizierter monarchischer Architektur. Wie in Potsdam erzeugt die Gleichzeitigkeit von moderner Funktionalität und die bewusste ästhetische Entlehnung eines barocken Baustils eine Diskrepanz zwischen der Ästhetik und der Funktion dieses Ortes. Als in der Mitte der Hauptstadt Berlin liegende öffentliche Einrichtung des Bundes, ist das Humboldt Forum im Berliner Schloss Teil eines Gebäudeensembles, das die bundesdeutsche Gesellschaft und ihre politischen und kulturellen Institutionen repräsentieren soll.

4. Demokratie als Bauherr – Kritische Diskursanalyse von Parlamentsdebatten um bauliche Repliken

4.1 Kritische Diskursanalyse nach Siegfried Jäger

Mit Hilfe eines diskurs- und dokumentanalytischen Ansatzes, hier der KDA nach Siegfried Jäger (vgl. S. Jäger 2015; vgl. Landwehr 2018), sollen die parlamentarischen Debatten um die von Teils großer medialer Aufmerksamkeit begleiteten und umstrittenen Bauprojekte in Berlin und Potsdam genauer beleuchtet

werden, um wesentliche Aspekte des Diskurses herausarbeiten und die zwei zentralen Forschungsfragen der Arbeit beantworten zu können: (1) Wie argumentieren politische Akteure, hier die deutsche Bundes- und die brandenburgische Landesregierung als Bauherren, für eine Rekonstruktion? (2) Welche erinnerungspolitischen Narrative von Staat und Gesellschaft werden dabei angeführt, untermauert oder abgelehnt? Dafür sollen öffentlich einsehbare Redebeiträge in Plenar- und Ausschussprotokollen, parlamentarische Anfragen sowie Anträge von Fraktionen des Brandenburgischen Landtages und des Deutschen Bundestages analysiert werden. Zur Unterstützung der Dokumentanalyse und der Herausarbeitung der wesentlichen Diskursstränge wird die Codier-Software *MAXQDA 2022* verwendet.

Erinnerungspolitik als strategisches Operieren mit Geschichtsdeutungen zur Legitimierung politischer Projekte, politischer Akteure oder zur Herstellung kollektiver Identität (vgl. Kohlstruck 2004, 173 ff.) muss erinnerungskulturelle Narrative und Mythen aufgreifen. Dies gilt gleichermaßen für die Symbolik politischer Architektur, insbesondere für Parlamentsbauten als Manifestation des zentralen Organs demokratischer Politik. Die Ikonologie öffentlicher Bauten will politische und kulturelle Werte objektivierbar machen und braucht dafür einen narrativen und mythisch aufgeladenen Rahmen. Die KDA nach Jäger fokussiert sich auf die Analyse jener hegemonialen politischen Erzählungen und Diskurse, die sich auch in der Wahl der Ikonologie politischer Repräsentationsarchitektur niederschlagen. Daher wird diese Methode hier zur Analyse der Debatten um die neuen Schlösser in Berlin und Potsdam angewandt. Die KDA nach Jäger analysiert und kritisiert brisante Themen in bestimmten Zeiten und Räumen (vgl. S. Jäger 2015, 91 ff.). Ausgehend von einem Foucaultschen Ansatz der Diskursanalyse, der sich auf die Analyse der Prozesse, Strategien und ihre Selektionsmechanismen gesellschaftlicher Diskurse richtet (vgl. Foucault und Konersmann 2007, 10 f.), versucht die KDA zunächst öffentliche „Sagbarkeitsfelder“ zu einem bestimmten Zeitpunkt zu definieren:

„Das Sagbarkeitsfeld kann durch direkte Verbote und Einschränkungen, Gesetze, Richtlinien, Anspielungen, Implikate, explizite Tabuisierungen aber auch durch jeweils (mehr oder minder) gültige Normen, Konventionen,

Verinnerlichungen und sonstige Bewusstseinsregulierungen eingeengt oder auch überschritten werden.“ (M. Jäger und Jäger 2007, 35)

Die KDA zielt somit darauf ab, die kulturellen Bedingungen, die Narrative und die politische Ordnung, die einen gesellschaftlichen Diskurs einhegt und ihn prägt, in die Analyse von Sprache und ihre Interpretation mit einzubeziehen. Der Diskurs wird in der KDA in seiner Gesamtheit als „Fluss von Wissen durch die Zeit“ der (wenn auch nicht ausschließlich) in „Text und Rede“ auftritt (ebd.). Innerhalb eines gesellschaftlichen Diskurses bedienen sich die Mitglieder einer Gesellschaft eines Vorrats unterschiedlicher Kollektivsymbole (vgl. ebd., 36) beziehungsweise bestimmter „kulturelle Stereotype“ (Drews, Gerhard, und Link 1985, 265). Kollektivsymbole sind für einen möglichst großen Teil einer Gesellschaft wiedererkennbare Motive. Werden diese objektiven und sprachlichen Stereotype bedient und wahrgenommen, erlauben sie den Adressaten der vorgetragenen Stereotype an den Diskurs anzuschließen und sich einer gemeinsamen Vorstellung von gesellschaftlicher, politischer oder historischer Wirklichkeit zu vergewissern. Die Kritik von Diskursen, ihren Sagbarkeitsfeldern und Kollektivsymbolen meint hier nicht eine normative Ideologiekritik. Kritisch hinterfragt werden sollen mit der KDA zunächst selektive Prozesse der Verkettung von Narrativen und Symbolen, die in den gegenwärtigen Diskurs hineinreichen und ihn strukturieren (vgl. M. Jäger und Jäger 2007, 36 f.).

Insbesondere politische Architektur ist auf die Darbietung objektiver Kollektivsymbole angewiesen, um als solche wahrgenommen zu werden und legitime politische Macht für ihre Betrachterinnen und Betrachter erfahrbar zu machen. In demokratisch verfassten Gesellschaften werden an moderne Parlamentsgebäude, die im Vergleich zur monarchischen Repräsentationsbauten eher entpersonifizierte Bauten darstellen (vgl. Müller 2011b, 204), bestimmte funktionale und ästhetische Maßstäbe angelegt, zum Beispiel Transparenz und Zugänglichkeit. Der Bau öffentlicher Repräsentationsbauten und ihre Gestaltung unterliegt damit heute teilbestimmten Maßstäben demokratischer Ästhetik. Die Auswahl architektonischer Stile muss eine wiedererkennbare Legitimationsfunktion übernehmen können. Historisierende bauliche Repliken stellen daher eine Besonderheit dar. Die überdeutliche Entlehnung historisierender Architekturstile (in den beiden hier untersuchten Fällen vordemokratischer

kaiserlicher Machtarchitektur) wirft Fragen nach ihrer Legitimation für die Repräsentanz demokratischer Macht auf. Die Notwendigkeit einer kritischen Analyse der verwendeten Kollektivsymbole, der verketteten historischen Narrative und der kulturellen Stereotype, die von verantwortlichen politischen Institutionen im Diskurs angewandt werden, liegt im Falle anachronistischer Repräsentationsbauten nahe.

Jäger (2011) definiert sechs Schritte zur Durchführung einer KDA. Dazu zählen (1) die Thematische Benennung der Diskursstränge, die analysiert werden sollen. Im ersten Schritt findet so die Eingrenzung auf bestimmte Themen und Diskurse statt. Im zweiten Schritt wird die (2) Diskusebene identifiziert. Diese beschreibt den medialen Rahmen der Textquellen, die analysiert werden sollen. Dies können Printmedien, Wahlprogramme oder, wie hier vorgesehen, Parlamentsdebatten sein. Im nächsten Schritt erfolgt die (3) Quellenrecherche, um die Materialbasis zusammenzustellen. In der (4) Strukturanalyse erfolgt eine erste Zuordnung der Quellen zu bestimmten inhaltlichen Diskurssträngen, in der (5) Feinanalyse werden inhaltliche Positionen, Narrative und Kollektivsymbole identifiziert und codiert, bevor in der (6) abschließenden Gesamtanalyse die einzelnen Codes zusammengeführt, gewichtet und ein Diskursstrang abschließend analysiert werden kann.

Der Analyseprozess der KDA zum Thema Neubau der Schlösser in Berlin und Potsdam als erinnerungspolitische Projekte wird hier auf parlamentarische Kommunikation angewandt. Der Brandenburgische Landtag und die Landesregierung, der Deutsche Bundestag sowie die deutsche Bundesregierung sind die für den Bau und die Nutzung der jeweiligen Bauten verantwortlichen Institutionen. Daher stützt sich die Analyse auf Textquellen aus den beiden Parlamenten, in denen die politischen Debatten um die Stadtschloss-Projekte mit ihren unterschiedlichen inhaltlichen und organisatorischen Teilaспектen zwischen den relevanten politischen Akteuren geführt wurden. Die analysierten Dokumente wurden der öffentlich zugänglichen Parlamentsdokumentation entnommen. Ausgehend von den zentralen Forschungsfragen der Arbeit, werden die Textquellen aus dem Brandenburgischen Landtag und dem Deutschen Bundestag separat dahingehend untersucht, wie die politischen Akteure für eine Rekonstruktion argumentierten und welche erinnerungspolitischen Narrative sie dafür anführten.

Durch induktives Codieren werden in der Feinanalyse der Textquellen die zentralen Argumente für den Neubau und die angewandten Narrative zu einem Codesystem verdichtet. Die Gesamtanalyse führt anschließend die wichtigsten Argumente und Narrative zusammen und vergleicht sie, um Überschneidungen und Unterschiede zwischen den Diskursen um die Schlösser verdeutlichen zu können.

4.2 Landtag Brandenburg

Für die Analyse der Debatte um den Neubau des brandenburgischen Landtages in Form des früheren Potsdamer Stadtschlosses werden Redebeiträge in Plenar- und Ausschussprotokollen, parlamentarische Anfragen sowie Anträge von Fraktionen untersucht, die den Neubau unterstützten. Die Textquellen sind der öffentlich einsehbaren digitalen Parlamentsdokumentation des Landtags Brandenburg entnommen und wurden durch eine Schlagwortsuche zum Landtagsneubau und dem Potsdamer Stadtschloss identifiziert. Durch eine erste Strukturanalyse wurde der Textkorpus nach seinem Bedeutungsgehalt für die Analyse von Argumenten und Narrativen geordnet und die inhaltlich relevanten Suchergebnisse als Materialbasis zusammengestellt. Sie umfasst zehn Schlüsseldokumente, darunter Beschlüsse, Anträge, Anfragen und Redebeiträge zur Gestaltung und Nutzung des neuen Potsdamer Stadtschlosses sowie der Interaktion mit privaten Unterstützer*innen und der Öffentlichkeitsarbeit rund um das Bauvorhaben.² Die Dokumente in der Materialbasis wurden chronologisch sortiert und ausgewertet. Der Untersuchungszeitraum umfasst eine Spanne von neun Jahren, von der ersten Plenardebatte über den Neubau im Mai 2005 bis zu Debatten im April 2014 über die Steigerung der Attraktivität und Anziehungskraft des 2013 fertiggestellten Gebäudes. Nach dem Jahr 2014 diskutierte das Parlament über einzelne bauliche Erweiterungen, die sich aber nicht mehr grundsätzlich mit der Ästhetik und der intendierten erinnerungspolitischen Funktion des Stadtschlosses auseinandersetzen. Debattenbeiträge nach dem April 2014 werden in der hier vorgenommenen Analyse daher nicht berücksichtigt.

Der Diskurs um den Neubau wurde im Landtag im Rahmen des parlamentarischen Beschlusses zur Errichtung des Landtagsneubaus von 2005 und einer Debatte im Jahr 2008 um die Ästhetik des Neubaus und dessen private

² (Quellendokumente: Landtag Brandenburg 2005a, 2005b, 2006, 2008a, 2008b, 2010d, 2010a, 2010b, 2010c, 2014b)

Teilfinanzierung in unterschiedlichen Debattenbeiträgen besonders intensiv geführt (siehe Tabelle 1). Vertreter*innen der Regierungskoalitionen traten früh für einen Neubau des Landtages in Form des früheren Schlosses ein, darunter die Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Christlich Demokratischen Union (CDU), die von 2004 bis 2009 eine Regierungsmehrheit im brandenburgischen Parlament stellten. Die größte Oppositionsfaktion der LINKEN argumentierte in der Frühphase des Bauvorhabens gegen eine Rekonstruktion. Als neue Regierungspartnerin der SPD von 2009 bis 2019 unterstützte sie wie auch weiterhin die CDU die Umsetzung des Neubaus.

Das zentrale und von den befürwortenden Akteuren am häufigsten angeführte Argument für einen Landtagsneubau in der Erscheinungsform des alten Stadtschlosses ist die Steigerung der Legitimität und Wahrnehmung des Parlaments durch dessen zentrale Lage in der Landeshauptstadt Potsdam (s.u. Tabelle 1; s. weiter quantifiziertes Code-System mit Sub-Codes im Anhang, Grafik 1). Das von 1990 bis 2013 provisorisch genutzte Gebäude befand sich außerhalb des Stadtzentrums. Mit dem Bau des Parlamentsgebäudes in der Mitte Potsdams sollte eine Steigerung der politischen Bedeutung der Stadt über das Bundesland Brandenburg hinaus gewonnen werden. In der Mitte der 2000er Jahre wurde über eine mögliche Vereinigung der Bundesländer Brandenburg und Berlin verhandelt, die letztlich nicht umgesetzt wurde. Die symbolische Aufwertung Potsdams wurde in der Debatte auch als Chance für Stadt diskutiert, potenziell die Rolle einer gemeinsamen Hauptstadt des vereinigten Bundeslandes Berlin-Brandenburg einnehmen zu können. Die Schaffung des für einen modernen Parlamentsbetrieb benötigten Neubaus wird vor allem mit Blick auf die funktionalen Defizite des seit 1990 genutzten provisorischen Gebäudes diskutiert. Der Neubau soll dabei eine gemeinsame Unterbringung aller Parlamentsbereiche (Sitzungssäle, Büros für Parlamentarier*innen und Mitarbeiter*innen) an einem zentralen Ort ermöglichen, was das bisherige Parlamentsgebäude nicht leisten konnte. Durch die baulichen und technischen Anforderungen eines funktionalen Gebäudes entsteht in dem Diskurs über den Neubau ein kontinuierlicher Konflikt mit dem Ziel der größtmöglichen Annäherung an die historischen Auf- und Umrissen des alten Schlosses. Eine detailgetreue Rekonstruktion hätte keinen adäquaten Platz für einen funktionalen Parlamentsbetrieb geboten. In der Abwägung zwischen Rekonstruktion und

Funktionalität beeinflusst letzteres die Außengestaltung des neuen Schlosses dahingehend, dass dessen historische Detailtreue zugunsten der funktionalen Anforderungen angepasst werden musste.

Ein weiteres, zentrales Argument für eine Rekonstruktion der Schlossästhetik um den Landtagsneubau stellt die private Teilfinanzierung des Neubaus durch Groß- und Kleinspenden dar. Die Gestaltung und Finanzierung des Parlaments in den historischen Auf- und Umrissen des früheren Schlosses wurde durch eine Spende in Höhe von 20 Millionen Euro des in Potsdam lebenden Milliardärs Hasso Plattner ermöglicht. Diese private Großspende war von Seiten des Spenders an die Bedingung genknüpft, die Schlossästhetik möglichst detailliert zu reproduzieren. Die Spende wurde durch die parlamentarische Unterstützerkoalition für die Rekonstruktion daher wohlwollend angenommen. Kritisiert wird dabei, dass der Schenkungsvertrag, der zu einer Voraussetzung für die Finanzierung des Parlamentsgebäudes gemacht wurde, nicht öffentlich einsehbar war und ist. Darüber hinaus wurden Spenden von Bürger*innen zur Finanzierung von Repliken und der Aufarbeitung bestehender ehemaliger Schmuckelemente benötigt. Die Wiederherstellung der Schlossfassade wird daher als eine Form kommunaler Partizipation an der Gestaltung der Stadtmitte aufgefasst. Die (Wieder)Erschließung der Potsdamer Innenstadt als regionaler und überregionaler Anziehungspunkt wird als ein Ziel des Rekonstruktionsprojekts formuliert. Für die Rekonstruktion der Schlossästhetik und die daran genknüpfte Steigerung der Bedeutung Potsdams als Hauptstadt wird damit auch mit potenziell positiven ökonomischen Effekten für die Stadt argumentiert. Es wird hervorgehoben, dass sich der Tourismus zu einer zunehmend bedeutenden Branche in der Region entwickeln kann. Des Weiteren berufen sich die Unterstützer*innen des Stadtschlossprojektes auf einen angenommenen gesellschaftlichen Konsens über die Bedeutung des Wiederaufbaus. Damit wird das Projekt informell als basisdemokratisch legitimiert dargestellt.

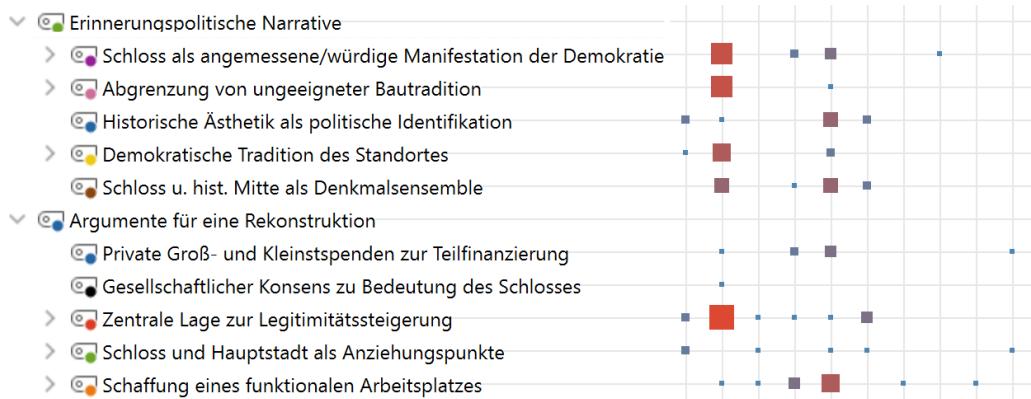


Tabelle 1: Kurzübersicht der Segmentmatrix für die Analyse parlamentarischer Diskurse im Landtag Brandenburg um das neue Potsdamer Stadtschloss, Zeitraum 2005 bis 2014.

Die politischen, funktionalen und finanziellen Argumente für den Neubau des Landtagsgebäudes in den historischen Auf- und Umrissen des alten Potsdamer Stadtschlosses werden im parlamentarischen Diskurs durch regelmäßig wiederholte erinnerungspolitische Narrative gestützt. Der zentrale Diskursstrang in der Debatte, in dem das Rekonstruktionsprojekt mit historischer und kultureller Bedeutung aufgeladen wird, charakterisiert das Potsdamer Stadtschloss und die historische Stadtmitte als ein geschlossenes Denkmalsensemble. Die Rekonstruktion der Schlossfassade wird dabei als Beitrag zur teilweisen Wiederherstellung der alten Potsdamer Mitte verstanden. Die Architektur und die städtebauliche Struktur der Stadtmitte werden als angemessene beziehungsweise würdige Manifestationen demokratischer Gesellschaften und ihrer politischen Institutionen verstanden. Die Entlehnung der alten Schlossästhetik und die zentrale Bedeutung des Parlaments als wichtigste Institution einer repräsentativen Demokratie werden dabei verknüpft. Aus der gesellschaftlichen und politischen Bedeutung des Parlaments wird gefolgert, dass es ästhetisch anspruchsvoll gestaltet sein soll, um seiner Bedeutung gerecht werden zu können.

Das neue Parlamentsgebäude wird dezidiert als öffentlicher Ort skizziert, an dem ein gemeinsames kulturelles und ideelles Wahrzeichen Potsdams und des Landes Brandenburg wahrgenommen und genutzt werden kann. Die historisierende Ästhetik des Landtagsneubaus wird als stiftendes Element politischer Identifikation der Bürger*innen in Potsdam und Brandenburg nach innen und außen angeführt. Einzelne Befürworter*innen des neuen Stadtschlosses führen historische Zäsuren an, die das Schloss als Ort demokratischer Tradition charakterisieren sollen. Mit

dem Verweis auf das im Jahr 1685 im damaligen Potsdamer Schloss durch Friedrich Wilhelm von Brandenburg erlassene Toleranzedikt, das den in Frankreich wegen ihrer Religion verfolgten Hugenotten die Zuwanderung nach Brandenburg ermöglichte (vgl. Landeshauptstadt Potsdam 2008), wird das neue Schloss als ein Ort dargestellt, der in einer humanistischen und demokratischen Tradition steht. Diese Kontinuität soll die Verbindung des Standorts mit der Ästhetik des neuen Landtagsgebäudes gegenwärtig als Ort der Demokratie legitimieren. Demgegenüber wird mit dem Neubau gegen die bauliche Gestaltung des Ortes durch die DDR-Führung argumentiert. Der Wiederaufbau der historischen Mitte Potsdams widerspricht der Raumgestaltung und baulichen Ästhetik einer sozialistischen Planstadt. Gegen diese als Trägerin von als belastend gedeuteter Geschichte sprechen sich die Unterstützer*innen mit dem Bekenntnis zum Bau des neuen Schlosses aktiv aus. Obwohl sie sich auch bewusst von der politischen Tradition der Monarchie abgrenzen wollen, sind die Auseinandersetzung und die Distanzierung mit dem architektonischen Erbe der DDR dominierend in der Debatte um die Abgrenzung früherer Traditionen politischen Bauens im Zentrum Potsdams.

4.3 Deutscher Bundestag

Für die Analyse der Bundestagsdebatten um den Bau des Humboldt Forums wurden Plenarprotokolle, Anträge, Beschlussempfehlungen und parlamentarische Anfragen hinsichtlich der Argumentation für das Projekt ausgewertet. Die Dokumente wurden dem öffentlichen, digitalen Archiv des Deutschen Bundestages entnommen und durch eine Schlagwortsuche zum Humboldt Forum und dem Berliner Schloss identifiziert. Der Quellenkorpus umfasst 16 Schlüsseldokumente und deckt den Debattenzeitraum vom ersten Parlamentsbeschluss zum Bau des Humboldt Forums im Berliner Schloss aus dem Jahr 2002 bis zu den noch 2022 anhaltenden Debatten um die äußere und innere bauliche Gestaltung sowie die Nutzungskonzepte des Humboldt Forums ab.³ Die Dokumente wurden ebenfalls chronologisch sortiert und ausgewertet. Der erste Beschluss von 2002 zum Bau des Humboldt Forums wurde durch eine parlamentarische und interfraktionelle Mehrheit positiv beschieden. Spätere Debatten während und kurz nach der

³ (Deutscher Bundestag 2002b, 2002a, 2002c, 2003, 2004, 2006, 2007a, 2007b, 2014, 2017a, 2017b, 2019b, 2019a, 2020, 2021, 2022)

Fertigstellung befassten sich vor allem mit Fragen zu Spenden und Spender*innen sowie einem möglichen Einfluss rechtsextremer Großspender auf das Projekt. Die Analyse der Debatte zeigt, dass sich mit Ausnahme der LINKEN/PDS, die sich gegen das Projekt aussprach, innerhalb der weiteren im Bundestag vertretenen Fraktionen keine einheitliche Position für oder gegen den Bau in Form des Berliner Schlosses bilden konnte. Der Diskurs um das Bauprojekt wurde und wird entlang mehrerer erinnerungspolitischer Narrative geführt (s.u. Tabelle 2; s. weiter quantifiziertes Code-System mit Sub-Codes im Anhang, Grafik 2).

Aus inhaltlicher und funktionaler Perspektive wird der Bau des Humboldt Forums vor allem als kulturelles Projekt diskutiert. Als Wissenschafts- und Kultureinrichtung soll es wichtige nationale und föderale Kulturinstitutionen in der Mitte der Bundeshauptstadt konzentrieren und integrieren. Universitäten, Bibliotheken und staatlichen Museen soll ein Raum in der politischen Mitte der Bundesrepublik geschaffen werden. Wie das Potsdamer Stadtschloss soll das Humboldt Forum größtenteils als öffentlicher Ort angelegt sein und als öffentliches kulturelles Zentrum genutzt werden können.

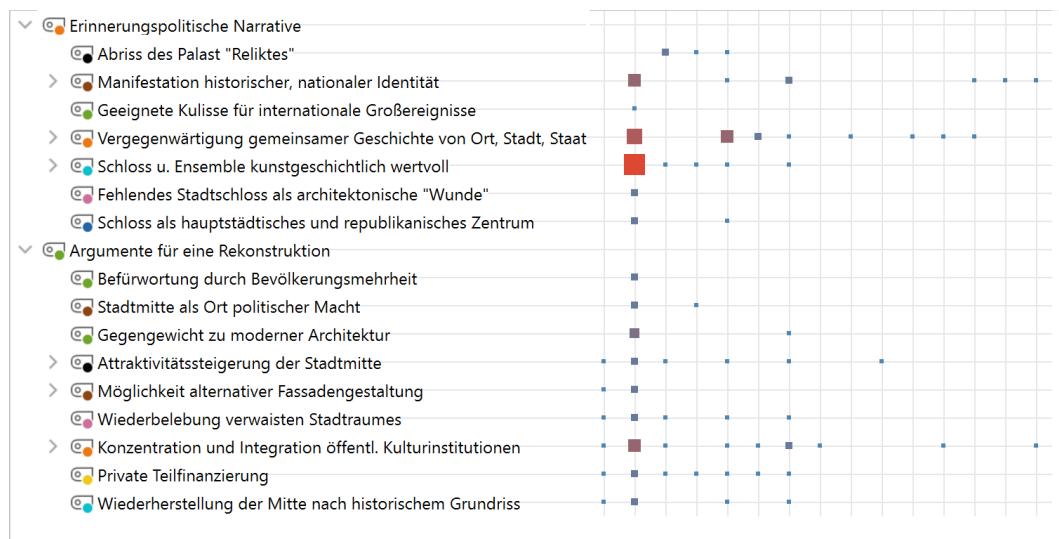


Tabelle 2: Kurzübersicht der Segmentmatrix für die Analyse parlamentarischer Diskurse im Deutschen Bundestag um das neue Berliner Schloss, Zeitraum 2002 bis 2022.

Von den Abgeordneten des Bundestages, die sich für das Bauprojekt aussprachen, wird die Replik der Außenfassaden des historischen Schlosses als ein ästhetisches Gegengewicht zu dem nach der Wiedervereinigung in Berlin vielfach an moderner Architektur orientierten Städtebau verstanden. Das neue Schloss wird damit ästhetisch den Neubauten im Berliner Regierungsviertel und noch

bestehenden DDR-Bauten im ehemaligen Ostberlin gegenübergestellt. Die Wiederherstellung großer Teile der alten Fassade wird als notwendiger Bestandteil angemessener städtischer Architektur skizziert. Der parlamentarische Diskurs um den Wiederaufbau enthält ebenfalls eine plebisitäre Komponente. Wiederholt weisen die Unterstützer*innen des neuen Berliner Schlosses darauf hin, dass sich eine Bevölkerungsmehrheit in der Hauptstadt und darüber hinaus für den Bau des Forums in der Gestalt des historischen Schlosses ausspricht. Dem Schloss wird dadurch indirekt eine direktdemokratische Legitimation beigemessen. Der Bau des Humboldt Forums in seiner Funktion einer überregional bedeutenden Kultureinrichtung soll die Stadtmitte neben den bereits präsenten politischen Institutionen ergänzen. Die Mitte Berlins wird in der Debatte als Ort politischer Gestaltungsmacht verstanden. Das Humboldt Forum als Kulminationspunkt öffentlicher Wissenschafts- und Kulturinstitutionen wird daher als schlüssiger, neuer Bestandteil des Gebäudeensembles dargestellt. Wie für das neue Potsdamer Stadtschloss wird auch dem Berliner Schloss eine attraktivitätssteigernde Wirkung auf die Stadtmitte zugeschrieben. Durch seine dominierende historische Ästhetik soll es zu einem touristischen und vor allem architekturtouristischen Anziehungspunkt werden. Das Projekt erhält damit eine ökonomische Perspektive. Der Palast der Republik wird als unästhetisches Gebäude beschrieben. Das wiedererrichtete Schloss soll sich ästhetisch besser in das Gebäudeensemble in der Berliner Mitte einreihen und wird als nachhaltigere, da attraktivere Form der Architektur im Zentrum dargestellt. Vereinzelt wird die Möglichkeit zur alternativen Gestaltung der Ostfassade in einem gegenwärtigen Stil des Gebäudes angesprochen. Einzelne (letztlich nicht erfolgreiche) Vorschläge zur Entlehnung von Elementen der Architektur der Volkskammer im Palast der Republik skizzieren die Möglichkeit, die DDR als Teil gesamtdeutscher Geschichte im neuen Humboldt Forum zu repräsentieren. Für das Schloss und seine hauptsächlich öffentliche kulturelle Nutzung argumentieren dessen Unterstützer*innen im Sinne einer Wiederbelebung verwaisten, da weitgehend brachliegenden und zentral gelegenen Stadtraumes.

Eine Voraussetzung für die Finanzierbarkeit des Humboldt Forums im Berliner Schloss stellt, wie in Potsdam, eine private Teilfinanzierung dar. Neben der Bundesregierung und dem Land Berlin müssen für die Umsetzung des Projektes

Groß- und Kleinspende eingeworben werden, um eine detailgetreue Nachbildung der meisten Fassaden umsetzen zu können. Das historische Erscheinungsbild des neuen Schlosses wird als Motivation für eine hohe Spendenbereitschaft angeführt. Die Möglichkeit zur Spende wird als eine Form gesellschaftlichen Engagements und Teilhabe kommuniziert. Die Wiederherstellung der weiteren Berliner Mitte nach historischem Grundriss stellt ein zusätzliches übergeordnetes, städtebauliches und politisches Ziel in der Debatte dar.

Der Plan zum Wiederaufbau des Berliner Schlosses wird in ein mehrdimensionales Konstrukt erinnerungspolitischer Narrative eingefügt. Das Schloss als Teil eines historischen Ensembles wird als eine Vergegenwärtigung gemeinsamer Geschichte von Bauort, Stadt und Staat beschrieben. Das Stadtschloss wird dabei neben weiteren historischen Gebäuden in der Berliner Mitte, wie Kirchen, Opernhäusern und Universitäten, als noch fehlender Bestandteil zur Vervollständigung dieses Ensembles interpretiert. Das historische Zentrum Berlins wird dabei als bedeutender Träger und Ausdruck einer paneuropäischen Kultur der Aufklärung und des Humanismus eingeordnet, für den damit auch das Humboldt Forum symbolisch stehen soll. Eine Wiederherstellung der Mitte nach historischem Vorbild stellt den Versuch einer Anknüpfung an eine auf die kulturelle Bedeutung fokussierte Geschichtsdeutung dieses zentralen Ortes in Berlin dar. Das Narrativ einer den Ort vornehmlich prägenden Tradition kultureller Nutzung wird mit Bezug auf die Verwendung des Schlosses in der Zwischenkriegszeit ("Volkshaustradition") und das Andenken an Alexander von Humboldt hergestellt, dem Namensgeber für das neue Forum. Das kulturelle Narrativ, mit dem das Projekt aufgeladen und legitimiert wird, stützt sich damit vor allem auf die Nutzung des Schlosses zwischen 1918 und 1933 sowie eine nachträgliche Verknüpfung mit der historischen Bedeutung der Person Alexander von Humboldts. In Anlehnung an die frühere europaweite kulturelle Bedeutung des historischen Ensembles, inklusive des Schlosses, der Museen und Forschungseinrichtungen und den internationalen kulturellen und wissenschaftlichen Austausch, der dort stattfand, eröffnet der Diskurs um das Humboldt Forum eine Perspektive auf die europäische Einigung. Das Humboldt Forum im Berliner Schloss wird als symbolischer Ausdruck europäischer Verständigung und Integration sowie als manifestes Bekenntnis zu einer humanistischen Tradition interpretiert.

Für die Entlehnung der historischen Ästhetik des alten Berliner Schlosses und dessen gegenwärtige Verwendung wird argumentiert, dass das neue Schloss eine Verbindung der Geschichte und Tradition des Ortes mit der Gegenwart und Zukunft ermöglicht. Dabei wird auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem politischen Erbe des Ortes, der Monarchie und der Diktatur eingeschlossen. Dieses Erbe soll inhaltlich im Forum durch geschichtswissenschaftliche und museale Arbeit thematisiert werden. Die Erinnerung an historische Verbrechen im Name früherer deutscher Staaten und die Verantwortung ihnen gegenüber als Teil deutscher Geschichte soll ebenfalls eine Aufgabe des Humboldt Forums werden. Dies umfasst zum Beispiel auch die verbrecherische Geschichte des Kolonialismus, die im Rahmen der musealen Arbeit im Humboldt Forum kontextualisiert werden soll. Das Narrativ der Verbindung von Geschichte, Gegenwart und Zukunft durch das Humboldt Forum im Berliner Schloss basiert dabei auf einer Interpretation kontinuierlicher, gesamtdeutscher Geschichte und Kultur, die durch das Schloss und dessen Bedeutung für die historische Mitte Berlins ausgedrückt und verstetigt werden sollen. Die Unterstützer*innen des Humboldt Forums betonen wiederholt den kunstgeschichtlichen Wert der früheren Schlossarchitektur. Durch die Wiederherstellung der bisher verlorenen Architektur sollen frühere architektonische Leistungen und die durch sie geschaffenen Architekturdenkmäler zelebriert werden. Dabei wird betont, dass die Wiederbelebung der historischen Architektur durch die Zerstörungen im Zweiten Weltkrieg und die Umgestaltung der DDR-Führung in der Hauptstadt Berlin geboten sei, da die Einschnitte in die historische Architektur hier in der jüngeren Zeitgeschichte der Stadt besonders drastisch waren. Das alte und neue Schloss wird als städtebauliches "Herz" des barocken Berlins skizziert, dessen Verlust als architektonische "Wunde".

Eine gegenwärtige politische Bedeutung erhält das neue Schloss, indem es explizit als Manifestation einer historisch begründeten, gemeinsamen nationalen Identität der heutigen Bundesrepublik Deutschland interpretiert wird. In Form des Schlosses findet demnach eine Vergegenständlichung der Erinnerung und der historischen Schichten gesamtdeutscher Geschichte statt, explizit auch eine Vergegenwärtigung der Identität des wiedervereinigten Deutschlands. Als nationales Denkmal soll das Schloss ein Kristallisierungspunkt einer gesamtdeutschen Nation und das Selbstbewusstsein der seit 1990 wieder

gemeinsamen Hauptstadt sein. Das Schloss soll zu einem hauptstädtischen und republikanisch-repräsentativem Zentrum werden. Es wird dabei auch zu einem Symbol der Überwindung des politischen Systems der ehemaligen DDR und zu einem bedeutenden Erinnerungsort für die deutsche Einheit stilisiert. Die Forderung zum Abriss des Palastes der Republik, der als ein Relikt beschrieben wird, charakterisiert diesen Kristallisierungspunkt der politischen Geschichte der DDR als gegenwärtig nicht erinnerungswürdig. Mit dem Abriss fordern die Befürworter*innen des neuen Schlosses einen Schlussstrich unter die politische Symbolik der DDR in der Berliner Mitte zu ziehen. Die baulichen Reste des Palastes der Republik werden als unästhetisch beschriebenen. Mit Verweis auf den Palast als zentraler Ort der Macht eines diktatorischen Regimes, werden dessen Restaurierung oder eine künftige Entlehnung seiner Ästhetik abgelehnt. Neben der besonders intensiv diskutierten kulturellen Bedeutung des neuen Schlosses wird die politisch-repräsentative Bedeutung des Schlosses als Argument für eine Rekonstruktion angeführt. Durch die politisch bedeutende Geschichte des Bauplatzes auf der Spreeinsel sowie dessen unmittelbare Nähe zu Gebäuden, in denen sich aktuell politische Institutionen manifestieren, wird das neue Schloss zwangsläufig zu einer Kulisse politischer Macht. Daher wird im Diskurs um den Neubau auch vereinzelt auf das Potential des Schlosses als geeignete Kulisse für internationale Großereignisse und die Inszenierung internationaler Politik und deren Einfluss verwiesen, wie etwa für politische „Gipfeltreffen“ von Staats- und Regierungschefs. Das Berliner Schloss wird dafür mit der Wiener Hofburg als historisch-politische Kulisse verwiesen.

5. Konflikte zwischen Funktionalität, Authentizität und Ästhetik

Die parlamentarische Debatte um den Bau der neuen Stadtschlösser in Potsdam und Berlin konzentriert sich vornehmlich auf erinnerungspolitische Argumente, um die Entscheidung für die historisierende Ästhetik der Gebäude zu begründen. Diese soll sich in die objektivierte Darstellung eines Narratives einfügen, dass eine gemeinsame beziehungsweise gesamtdeutsche historisch-politische Identität durch Anknüpfung an Vorkriegsarchitektur ausdrücken will. Sie soll eine angenommene historische Kontinuität im Prozess des Betrachtens kenntlich und erfahrbar machen. Obwohl der Diskurs auf parlamentarischer Ebene im Fokus dieser Arbeit steht, soll

hier ein Blick auf die Rezeption dieser Bauten durch ihre Betrachterinnen und Betrachter geworfen werden. Letztlich sind die Bürger*innen und Besucher*innen Potsdams und Berlins die wesentlichen Adressaten, an die durch die Schlösser symbolische Botschaften gesendet werden sollen und die sie empfangen. Die Wahrnehmung von Kunst und Architektur ist stark von subjektivem Empfinden geprägt. Aber hier soll der Versuch gemacht werden, sich auf der Grundlage der Diskurse um beide Gebäude und mit Hilfe der Kategorien Benjamins und Rüsens zur Rezeption reproduzierter Kunst und Erinnerungskultur, einer strukturellen Analyse möglicher Widersprüche und Konflikte um historisierende Architektur politischer Repräsentationsbauten anzunähern. Diese Konflikte können im Spannungsverhältnis zwischen der Funktionalität, der (fraglichen) Authentizität und der Ästhetik historisierender Repräsentationsbauten entstehen.

Benjamin (2011, 50 f.) definiert zwei Arten der möglichen Rezeption eines Bauwerkes: erstens den Gebrauch rein funktionaler Art, zweitens die Wahrnehmung im Kontext von Ästhetik und Historizität. Sowohl das Potsdamer als auch das Berliner Stadtschloss sind im Hinblick auf ihren funktionalen Gebrauch klar definierbar. Das Potsdamer Stadtschloss als Hülle des neuen brandenburgischen Landtages soll bestimmte funktionale Eigenschaften erfüllen. Es soll ein Arbeitsplatz sein, an dem ein Parlamentsbetrieb mit modernen technischen Standards möglich ist und an dem alle Teile des parlamentarischen Betriebes räumlich konzentriert werden können. Den Besucher*innen soll ein einfacher Zugang zum Parlament ermöglicht werden, um Transparenz und Nähe zu den parlamentarischen Institutionen zu vermitteln. Das Parlament wird als Ort interpretiert, an dem eine demokratische Tradition erfahrbar gemacht werden soll. Das Humboldt Forum im Berliner Schloss soll ein Arbeitsplatz für kulturelle und wissenschaftliche Institutionen des Bundes und des Landes Berlin sein. Es soll außerdem die Funktion eines Museums erfüllen, in dem Kunstsammlungen im Besitz der Bundesrepublik beziehungsweise ihrer Institutionen, die den Kulturbesitz verwalten, sowie weitere Kunstwerke kuratiert und ausgestellt werden. Das Forum ist zum Großteil ein öffentlicher Raum, in dem Besucher*innen ein kulturelles Angebot gemacht werden soll. Die Rolle als wiedergewonnene kulturelle und ideelle Wahrzeichen, die die Gebäude in Berlin und Potsdam

einnehmen sollen, soll durch eine Betonung der öffentlichen Zugänglichkeit ihren Besucher*innen als solche verdeutlicht und erfahrbar gemacht werden.

Die Wahrnehmung beider Gebäude durch potentielle Betrachter*innen bleibt im Sinne Benjamins' hingegen mehrdeutig und weicht von deren modernen baulichen Ansprüchen aufgrund des Gebrauchs ab; die Schlösser verfügen als von den Originalen in großen Teilen entfremdete Repliken nicht über die „Aura“ beziehungsweise den authentischen Wert ihrer nach dem Krieg zerstörten architektonischen Vorbilder, zum Beispiel aufgrund des modernen Innenausbau oder der teils zeitgenössisch gestalteten Fassadenelemente. Nicht die weitgehend ästhetische Reproduktion der Schlossfassaden und deren technische Umsetzung sind dabei besonderes ausschlaggebende Faktoren. Anders als etwa im Fall einer detailgetreuen Rekonstruktion des Äußeren und Inneren beider Gebäude, verlieren die Schlösser ihre Aura durch die Gleichzeitigkeit ihrer modernen Funktionalität und dem Bestreben heutiger staatlicher Institutionen, sich der Aura (hier nun verzerrter) historischer Architektur aktiv zu bedienen beziehungsweise sich dieser wieder anzunähern. Zwar repräsentiert das Berliner Reichstagsgebäude heute mit dem Deutschen Bundestag ebenfalls ein demokratisches Parlament eines demokratischen Staates nach außen in einer historischen Ästhetik, die durch moderne Elemente erweitert wurde (zum Beispiel die Glaskuppel über dem Plenarsaal). Ebenso ist das Reichstagsgebäude für den Parlamentsbetrieb nach der deutschen Wiedervereinigung modernisiert worden. Das Gebäude selbst, seine äußeren Um- und Aufrisse sind hingegen authentisch. Es ersetzte auch keine bestehenden Strukturen, um den öffentlichen Raum, den es einnimmt, nach 1990 politisch-symbolisch im Sinne der demokratischen Bundesrepublik umzuwidmen.

Wer die neugestalteten öffentlichen Räume in der Mitte Potsdams und Berlins aufsucht, wird als Besucher*in vordergründig mit der historisierenden äußeren Ästhetik der beiden Schlösser konfrontiert. Die Stadtzentren in Berlin und Potsdam nach historischem Vorbild ganz oder teilweise wiederherzustellen ist ein vielfach erklärt Ziel im Diskurs um den Bau der beiden Stadtschlösser. Künftig sollen sie Teil eines nach episodisch festgelegter Vorkriegsarchitektur ausgerichteten Gebäudeensembles sein. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass ein Großteil jener (vor allem internationaler) Besucher*innen der Städte das jeweilige Schloss und dessen Umgebung nicht im Bewusstsein um deren jüngere

Entstehungsgeschichte wahrnimmt. Es liegt näher, dass die Gebäudeensembles fälschlicherweise vor allem als authentisches, historisches Objekt wahrgenommen werden. Die *kognitive* Dimension (vgl. Rüsen 2014) bei der geschichtskulturellen Einordnung durch die betrachtenden Personen wird durch die Reproduktion historisierender Kulissen limitiert. Diese Kulissen vermitteln ein historisches Narrativ, in dem politische und gesellschaftliche Brüche überdeckt und eine Kontinuität nationaler Geschichte aus der Kaiserzeit bis in die Gegenwart suggeriert werden. Die äußere Wahrnehmung der neuen Schlösser stellt aus geschichtskultureller Perspektive also eine Hürde bei der Erschließung der Genese des jeweiligen Gegenstands dar. Wiederholt untermauern die Befürworter*innen der Neubauten, dass deren historisierende Ästhetik einem unter den potentiellen Besucher*innen verbreiteten Schönheitsideal entspricht. Die *ästhetische* Dimension, in die das Humboldt Forum und das Landtagsgebäude damit eingeordnet werden, skizziert deren Schlossästhetik als „schön“ und daher als legitime Form für die Repräsentation zentral gelgender öffentlicher Institutionen. Die historisierende Hülle der beiden Gebäude und die Geschichtsträchtigkeit, die damit suggeriert wird, soll auf die angenommene Empfindung ihrer Betrachter*innen abzielen, dass sie für die Repräsentation *politischer* Institutionen geeignet sind. Die *moralische* Dimension geschichtskultureller Rezeption von Architektur fragt nach ihrer Aussagekraft für die Ermöglichung einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte eines Ortes und eines Gebäudes. Wird durch die Neubauten die bedeutungsgeladene Geschichte der jeweiligen Orte ersichtlich? Durch das Revival der Vorkriegsarchitektur wird den Betrachter*innen des Humboldt Forums und des Brandenburgischen Landtages eine kritische Auseinandersetzung mit der Genese beider Orte tendenziell erschwert. Zwar wird ein Nebeneinander moderner und vormoderner politischer Architektur in den Zentren der beiden Hauptstädte erfahrbar gemacht. Eine auch optisch wahrnehmbare Aufarbeitung, etwa der zentral organisierten Unterdrückung von Grund- und Bürgerrechten durch die DDR-Führung, ausgehend von der ehemaligen Hauptstadt der DDR, findet jedoch nicht statt. Zwar handelte es sich bei den früheren, authentischen Berliner und Potsdamer Stadtschlössern nicht dezidiert um sakrale Bauten, allerdings nutzten sie religiöse Symbolik, um die Herrschenden und ihren Führungsanspruch als göttlich legitimiert darzustellen. Bei der äußerlichen Rekonstruktion des Humboldt Forums wurde auch die nach außen hin sichtbare

Inschrift der Kuppel über dem Haupteingang wiederhergestellt, die den Satz wiedergibt:

"Es ist in keinem andern Heil, ist auch kein anderer Name den Menschen gegeben, denn in dem Namen Jesu, zur Ehre Gottes des Vaters. Dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind."

Der theologisch mitbegründete Herrschaftsanspruch der preußischen Könige und deutschen Kaiser wird hier erfahrbar, eine geschichtswissenschaftliche Einordnung der Inschrift fehlt jedoch bisher, was wiederholt öffentlich kritisiert wurde (vgl. Beer 2022). Es liegt nahe, dass sowohl durch kundige als auch unkundige Betrachter*innen, aufgrund der unkritischen Reproduktion insbesondere dieser und vergleichbarer baulicher Elemente, kein Bezug zu einer demokratischen Legitimität durch die Gebäude hergestellt werden kann. Es bleibt fraglich, inwiefern durch die Reproduktion feudaler Herrschaftssymbolik und einer Inschrift wie dieser, als ein Ausdruck theokratischer Elemente von Herrschaft, moderne demokratische Institutionen wirklich legitimiert beziehungsweise demokratische Werte vermittelt werden können. In der hier vorgenommenen Analyse des Diskurses wird deutlich, welches inhärente Verständnis von Ästhetik und Historizität von den Befürworter*innen beider Projekte für den Bau historisierender Repräsentationsbauten zugrunde gelegt wurde. Kaiserliche Schlösser gelten als ästhetische, denkwürdige und geschichtsträchtig Symbole nationaler Identität. In der Idee und der Umsetzung des Berliner und des Potsdamer Schlosses fallen Gebrauch und Wahrnehmung jedoch von Beginn an auseinander. Die Notwendigkeit moderner Funktionalität verzerrt zwangsläufig die ursprüngliche historische Architektur, vor allem im Inneren, aber auch in den äußeren Um- und Aufrissen der Gebäude. Daher sind sie unauthentisch und können nur eine unpräzise Vorstellung von Historizität suggerieren. Die entlehnte Ästhetik wird zum Instrument für die historische Bedeutungsaufladung eines öffentlichen Raumes, das der jüngeren deutschen Geschichte nicht gerecht werden kann, da die Phase der DDR und ihre historische Aufarbeitung an beiden Orten verhindert wird. Diese geschichtskulturelle Verzerrung entsteht zwischen dem Anspruch der modernen Funktionalität, der geringen oder fehlenden Authentizität und der suggestiven historisierenden Ästhetik, denen beide Gebäude unterliegen. An beiden

Orten hat sich gesellschaftspolitischer Wandel und die jüngere innerdeutsche Geschichte stark manifestiert. Eine erinnerungskulturelle Aufarbeitung dieser Orte, an denen sich dieser Wandel symbolisch vollzog und erfahrbar wurde, wird durch die nur bedingt authentischen Rekonstruktionsvorhaben vor allem in ihrer kognitiven, moralischen und politischen Dimension erschwert.

Konklusion und Diskussion

Architektur ist eine von mehreren möglichen symbolischen Ausdrucksformen politischer Identitäten. In Parlamentsgebäuden soll sich demokratisch delegierte Macht symbolisch manifestieren. Gerade demokratische Gesellschaften sind aufgrund der im Vergleich zu Monarchien oder Diktaturen geringen personifizierten Bindung von Macht vor allem auf greifbare parlamentarische Repräsentation angewiesen. Alle Gebäude, die politische Institutionen beherbergen, können zu Trägern politischer Ideale und gesellschaftlicher Identitätskonstruktionen werden. Geteilte Identitätskonstruktionen sind eine Voraussetzung für als legitim betrachtete Politik. Damit werden repräsentative Gebäude und Architektur zu Trägern politischer Legitimation. Als tendenziell langlebige Manifestationen von Politik gewinnen sie über die Zeit historischen und erinnerungskulturellen Wert. Dieser ist gegenüber immaterieller politischer Symbolik eine exklusive Eigenschaft baulich manifestierter Repräsentation. Sie sind dauerhaft sinnlich wahrnehmbare Objekte und Träger eines intergenerationalen kulturellen Gedächtnisses (vgl. Assmann 1999). Durch die Praxis des Erinnerns an bestimmte historische Ereignisse werden die dem kulturellen Gedächtnis zugrundeliegenden politischen und sozialen Welten zum Ausdruck gebracht (vgl. Liebhart 2007). Die machtvolle Praxis des Erinnerns kann von politischen Institutionen und ihren Vertreter*innen auch aktiv als Mittel eingesetzt werden, um sich selbst gezielt in eine historische Traditionslinie zu setzen. Solche *Erinnerungspolitik* meint das strategische Operieren mit Geschichtsdeutungen zur Legitimierung politischer Projekte, politischer Akteure oder zur Herstellung kollektiver Identität (vgl. Kohlstruck 2004). Dabei wird davon ausgegangen, dass bestimmte materielle und immaterielle symbolische Repräsentationsformen performative Wirkung haben und auf individueller wie auf kollektiver Ebene als solche wiedererkannt werden können (vgl. Diehl und Steilen 2016). Der Mythos einer gemeinsamen, konstituierenden Geschichte soll gemeinschaftsstiftend wirken (vgl. Münkler 2016).

Die Reproduktion historischer Architektur als Hülle öffentlicher Gebäude ist in diesem Sinne ein erinnerungspolitisches Instrument politischer Institutionen, um die eigene Legitimation zu erhöhen. In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind in bedeutenden Städten der ehemaligen DDR öffentliche Gebäude in der Ästhetik preußischer Schlösser dort wieder entstanden, wo sie von der DDR-Führung einst abgerissen und durch sozialistisch-ideelle Bauprojekte ersetzt wurden. Die Reproduktion monarchischer Architektur, etwa des Berliner und des Potsdamer Stadtschlosses, wurde und wird öffentlich kontrovers diskutiert. Hinterfragt wird dabei, inwiefern deren Architektur und Symbolizität heute Ausdruck demokratischer Werte und einer erinnerungskulturellen Aufarbeitung der Geschichte der ehemaligen DDR sein kann. Zwar ist kein Baustil per se demokratisch oder undemokratisch, jedoch ist deren Ikonologie und die Bewertung durch ihre Betrachter*innen abhängig von ihrer jeweiligen Entstehungsgeschichte, ihrem Gebrauch und ihrer intendierten Wahrnehmung. Demokratische Architektur kann in unterschiedlichen Formen existieren. Jeder Architektur und vor allem der politischen liegt stets eine intentionale und systematische Verwendung von Symbolik und Ästhetik zugrunde (vgl. Müller 2004). Machtarchitektur aus vordemokratischen Epochen konnte stets auch für demokratische Zwecke umgedeutet und neu genutzt werden, etwa das Berliner Reichstagsgebäude als Sitz eines gesamtdeutschen Parlamentes in der Zwischenkriegszeit und nach der Wiedervereinigung 1990. Die Besonderheit der beiden in dieser Arbeit näher betrachteten Gebäude liegt darin, dass sie an ehemals zentralen Kristallisierungspunkten der Systemrivalität von BRD und DDR bestehende Machtarchitektur des 1990 zusammengebrochenen ostdeutschen Staates durch anachronistische Architektur ersetzten. Symbolizität und politische Architektur gewinnen in Phasen des politischen Umbruchs eine besondere Bedeutung. In ihnen kann sich das Ende einer alten Gesellschaftsordnung und der Beginn einer neuen manifestieren. Ehemalige Orte politischer Macht können demontiert, ihre Symbole entfernt oder ihre Bedeutung umgewidmet werden. Ein Wandel wird in ihnen empirisch auf nahezu allen Ebene erfahrbar. Im wiedervereinigten Deutschland sind Potsdam und vor allem Berlin als neue Bundeshauptstadt zu politischen Zentren geworden, an denen demokratische Macht erfahrbar gemacht werden soll. Im Brandenburgischen Landtag und im Deutschen Bundestag formierten sich in den frühen 2000er Jahren jeweils parlamentarischen Mehrheiten für eine ästhetische

Rekonstruktion der barocken Schlösser, die bis 1918 Herrschaftssitze deutscher Kaiser waren. Aufgrund der langjährigen parlamentarisch und auch medial kontrovers geführten Debatten um die Rekonstruktionsprojekte drängt sich angesichts der historischen, gesellschaftlichen und politischen Bedeutung der beiden Orte die Frage auf, warum parlamentarische Mehrheiten im wiedervereinigten Deutschland der Meinung sind, dass monarchische Architektur im 21. Jahrhundert eine angemessene bauliche Manifestation demokratischer Gesellschaften und ihrer politischen Institutionen ist?

Ausgehend von der theoriegeleiteten Annahme, dass Erinnerungspolitik ein Werkzeug politischer Akteure sein kann, um mit symbolischen Geschichtsdeutungen zur Legitimierung politischer Institutionen oder zur Herstellung kollektiver Identität beizutragen, wurden in dieser Arbeit die zentralen Argumente für die Wiedererrichtung beider Schlösser durch die jeweils verantwortlichen politischen Institutionen analysiert. Aufgrund der dominierenden historisierenden Ästhetik der Schlösser, wurden die historischen Narrative und ästhetischen Wertvorstellungen von Politik und Gesellschaft in den Fokus der Untersuchung gestellt, die von den parlamentarischen Unterstützerkoalitionen für die Schlossbauten angeführt wurden. Der Deutsche Bundestag in Berlin und der Brandenburgische Landtag in Potsdam sind die Bauherren ihrer Schlösser. Beide Institutionen diskutierten über mehrere Jahre hinweg und teils bis in die Gegenwart über die intentionierte Bedeutung beider Gebäude, hinsichtlich ihrer historischen, kulturellen und politischen Bedeutung. Durch eine Kritische Diskursanalyse nach Jäger wurden die zentralen Diskursstränge herausgearbeitet, die die Befürworter*innen der Rekonstruktionen bedienen. Dafür wurden relevante Textquellen aus Parlamentsarchiven analysiert, darunter vor allem Parlamentsprotokolle und parlamentarische Anfragen, die sich mit den Schlossbauten und ihrer Nutzung auseinandersetzten. Die kritische Analyse der parlamentarischen Diskurse um den Wiederaufbau beider Schlösser zeigt, dass deren Befürworter*innen mit einer ähnlichen symbol- und erinnerungspolitischen Agenda für die Reproduktion der früheren Schlossästhetik argumentieren. Die urbanen Zentren der Bundeshauptstadt Berlin und der Landeshauptstadt Potsdam werden als Orte der Manifestation politischer Macht betrachtet. Daraus wird der konventionelle Anspruch an Hauptstädte abgeleitet, an zentralen Orten politische

Macht zu manifestieren und auf Dauer erfahrbar zu machen. Daher sollen sowohl das Humboldt Forum als auch der Brandenburgische Landtag in der „Mitte“ der Städte stehen.

Das Berliner Schloss wird dabei als eine Manifestation einer gesamtdeutschen historischen, nationalen Identität interpretiert. Das Schloss könne demnach auch heute eine Vergegenwärtigung einer gemeinsamen politischen und gesellschaftlichen Verbindung des Bauplatzes auf der Spreeinsel in der Mitte der Hauptstadt mit dem Schloss und dem vereinten deutschen Staat darstellen. Dem zugrunde liegt ein Narrativ einer kontinuierlichen nationalen Identität, die aus dem deutschen Kaiserreich und dessen politischen Vorläufern bis in die Gegenwart hergeleitet wird. Hinsichtlich der Nutzung des Humboldt Forums wird argumentativ an eine Tradition kultureller Nutzung in der Zwischenkriegszeit angeknüpft. Damit findet eine mittelbare Abgrenzung des heutigen Gebrauchs des Schlosses durch demokratische Institutionen von der Monarchie statt. Wenngleich das Schloss in der Kaiserzeit und während des Nationalsozialismus länger eine politisch repräsentative Rolle einnahm, als es als kulturelles Zentrum genutzt wurde. Perspektivisch soll durch das Berliner Schloss die Attraktivität des Stadtzentrums für Besucher*innen gesteigert und der Architekturtourismus gefördert werden. Die dem Schloss zugesprochene politisch-repräsentative Bedeutung wird so zusätzlich um eine ökonomische Perspektive ergänzt. Mit Blick auf die Erinnerungskultur der jüngeren deutschen Geschichte, kommt dem Berliner Schloss eine besondere Bedeutung als Ersatz des Palastes der Republik zu. Der bauliche Überrest der zentralen Macht der DDR-Führung wird als unästhetisches Symbol des Regimes betrachtet und dessen Renovierung und Umwidmung abgelehnt. Der Palast wird als erinnerungsunwürdige Manifestation eines Teils deutscher Geschichte abgelehnt.

Die historischen Um- und Aufrisse und die Ästhetik des alten Potsdamer Stadtschlosses werden als Träger historisch-politischer Identifikation der Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs mit ihrem Parlament definiert. Die Verlegung des Parlamentsgebäudes in das Zentrum der Stadt sowie die Nähe zu historischen Gebäuden dort stellen aus Sicht der befürwortenden Abgeordneten im Landtag Faktoren dar, mit denen die politische Legitimität des Landtages gesteigert werden soll. Mit dem Bau des Schlosses soll auch eine größere politische

Bedeutung Potsdams über die Landesgrenzen hinaus erreicht werden. Diese soll vor allem aus der kulturellen Bedeutung des Schlosses und der historischen Stadtmitte als Denkmalsensemble hervorgehen. Die Nutzung der Schlossästhetik für das Parlament soll eine Anknüpfung an eine historisch begründete politische Entität des Landes verdeutlichen. Der barocke Stil wird als angemessen zur Repräsentation demokratischer Institutionen des Bundeslandes beschrieben. Ebenso soll das Schloss eine touristische Attraktion werden und positive ökonomische Effekte entwickeln. Die Abgrenzung von der Planarchitektur der DDR wird in Potsdam noch stärker betont als in der Debatte in Berlin.

In Berlin und Potsdam hat sich mit dem Bau des Humboldt Forums im Berliner Schloss und des Brandenburgischen Landtags im Potsdamer Stadtschloss ein restaurativer Prozess vollzogen, aus dem sich in mehrfacher Hinsicht eine Problematik für eine gesamtdeutsche Erinnerungspolitik und den demokratischen Wert historisierender politischer Architektur ergibt. Historisierende Repräsentationsbauten werden von politischen Institutionen zur Umsetzung einer erinnerungspolitischen Agenda genutzt. Durch die öffentliche Hand wurden mit den Schlössern in Berlin und Potsdam Gebäude geschaffen, die einerseits einen modernen und funktionalen Raum für kulturelle oder parlamentarische Arbeit darstellen. Diese steht andererseits in einem Kontrast zu der entlehnten vordemokratischen Schlossästhetik, die durch funktionale Anforderungen im Äußeren und Inneren entzerrt wird und nur noch eine optische Annäherung an die Originalbauten darstellt. Beide Schlösser sind keine authentischen historischen Objekte. Die Schlosskulissen sollen bei ihren Betrachter*innen das Narrativ einer kontinuierlichen deutschen Geschichte und Identität hervorrufen, die sich in preußischen Schlössern manifestiert. Bürgerinnen und Bürger sollen sich über dieses Deutungsangebot historisch begründet mit dem Staat und seinen Institutionen identifizieren können. Dass man sich hier aktiv einer politischen Architektur bedient, die antidemokratische Macht symbolisierte, steht im Widerspruch zu einem auf demokratischen Werten aufbauenden gesellschaftsstiftenden Narrativ. Das erklärte Ziel, ganze Stadtteile Berlins und Potsdams nach historischem Vorbild zu rekonstruieren, produziert ebenfalls erinnerungspolitisch fragwürdige Ensembles, etwa mit der Potsdamer Garnisonkirche. Die bauliche Mythisierung der Stadtzentren reproduziert Orte, die

teils sinnstiftend für nationalistische und militaristische Narrative der Monarchie und des Nationalsozialismus waren. Mit der weitgehend ästhetischen Rekonstruktion der Schlösser, überführen die verantwortlichen Institutionen zudem eine baupolitische Agenda der BRD aus der Nachkriegszeit in die Gegenwart. Das Selbstverständnis als eine Kulturnation, für die ihr architektonisches, nationales und historisches Erbe ein zentrales sinnstiftendes Element darstellt, schloss die Rekonstruktion zerstörter Architektur weitgehend mit ein. Da es sich hier jedoch nicht um detailgetreue Rekonstruktionen handelt, gewinnen beide Stadtschlösser eher einen restaurativ-nostalgischen (Boym 2001) und revisionistischen Charakter.

Zudem handelt es sich bei beiden Bauten dezidiert um Gegenbauten zu zentraler DDR-Architektur. Sie wurden mit dem Ziel geplant und errichtet, aktiv die politische Architektur des 1990 zusammengebrochenen Regimes aus dem Bild beider Hauptstädte zu entfernen, da sie nicht als Teil gesamtdeutscher, erinnerungswürdiger Geschichte verstanden wird. Die bauliche Manifestation der rund 40-jährigen Epoche sozialistischer Herrschaft durch das SED-Regime wird ikonologisch zurückgewiesen und negiert. Authentische Gebäude aus dieser Phase, die auch als kritische Erinnerungsorte oder schlicht als etablierte Funktionsbauten hätten dienen können, werden aus dem Stadtbild entfernt. Da im Diskurs wiederholt auf die erinnerungskulturellen Potentiale der Schlösser zur kritischen Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte (etwa der Kolonialgeschichte) verwiesen wird, drängt sich die Frage auf, warum preußische Schlösser dafür besser geeignet sind, als authentische Erinnerungsorte; zumal etwa der Palast der Republik für mehrere Millionen ehemaliger DDR-Bürger ein deutlich stärker prägendes Symbol der eigenen und auch der Geschichte des wiedervereinigten Deutschlands darstellen dürfte.

In dieser Arbeit wurde zudem der Versuch einer Annäherung an eine strukturelle Analyse der erinnerungskulturellen Wahrnehmung der Schlösser durch deren Hauptadressaten gemacht. Mit Bezug auf die Kategorien von Gebrauch und Wahrnehmung bei Walter Benjamin wurde dargestellt, dass der ursprüngliche politische und künstlerisch-authentische Kultwert der ehemaligen Schlösser einem rein äußerlichen „Ausstellungswert“ gewichen ist (vgl. Benjamin 2011), mit dem die architektonische und kulturelle Attraktivität der Stadtzentren erhöht werden soll. Funktionalität, Authentizität und Ästhetik der Gebäude fallen auseinander und

kreieren erinnerungspolitische Widersprüche. Eine kritische, erinnerungskulturelle Rezeption beider Orte und Gebäude wird Besucher*innen durch die historisierende Architektur erschwert. Vor allem die Aussagekraft beider bauten hinsichtlich ihrer historischen Verantwortung bleibt fraglich. Das Dilemma zwischen Repräsentation von Macht und Teilhabe, das durch die Dialektik demokratischer Machtarchitektur zwischen Repräsentanten und Repräsentierten entsteht, wird durch die historisierenden Rekonstruktionen noch verstärkt. Barocke Herrschaftsarchitektur schafft nicht die Transparenz und Zugänglichkeit, die als Maßstab für öffentliche Gebäude und insbesondere Parlamente in den hier analysierten Diskursen definiert werden. Durch den gleichzeitig intendierten historischen Charakter der Gebäude, die perspektivisch Teil ganzer nach historischem Vorbild rekonstruierter Stadtviertel werden sollen, entsteht ein museales Verhältnis zwischen Gebäude und Betrachter*in. Letztere werden dabei in ihrer Rolle als reine Beobachter*innen oder Konsument*innen bestärkt. Im Diskurs wird betont, dass historisierende Repräsentationsarchitektur auch die Tourismusförderung zum Ziel hat. Revival-Architektur wird damit auch als wirtschaftspolitisches Instrument eingesetzt.

Angesichts der historischen und politischen Widersprüche, die im Diskurs um den Bau der Stadtschlösser deutlich geworden sind, scheint historisierende Repräsentationsarchitektur stark von dem politischen Bedürfnis nach erinnerungskultureller Orientierungssicherheit geprägt zu sein. Politische Entscheidungsträger*innen suchen konstituierende Ursprünge gesamtdeutscher Geschichte, die sie in der Kaiserzeit historisch gesichert zu finden glauben.⁴ Wichtige Aspekte der Geschichte der deutschen Teilung und deren symbolische Überreste werden dadurch jedoch ausgeblendet. Es scheint, als läge der Entscheidung für das nostalgische Auferstehen historischer Gebäude ein grundsätzliches Misstrauen in die eigene politische Zukunft zugrunde. In den beiden hier beleuchteten Fällen fehlt auffälliger Weise der Gestaltungswille einer parlamentarischen Mehrheit für eine eigene, gegenwärtige und moderne demokratische Symbolizität. Zudem offenbaren die Debatten um die Schlösser blinde Flecken der als in sich geschlossen dargestellten und hier bedienten historischen Narrative: Ab welchem Umfang an rekonstruierten Gebäuden ist das

⁴ Jureit (2012) führt die erinnerungspolitischen Konflikte, die sich aus der Verwendung historisch vorbelasteter Erinnerungssymbole ergeben können, aus einer geschichtswissenschaftlichen Perspektive in dem Begriff der „gefühlten Vergangenheit“ zusammen (vgl. hierzu weiter ebd., 17).

historische Ensemble vollständig? Bis zu welchem Straßenzug soll es reichen? Ab wann gehört welcher repräsentative Bau zum erinnerungswürdigen Ensemble? Warum wird nicht das wiederaufgebaut, was vor dem Stadtschloss an gleicher Stelle stand? Diese Fragen lässt die Debatte weitgehend offen, sie werden sich aber vermutlich in der öffentlichen Debatte stellen, wenn mit der Rekonstruktion der „historischen“ Mitte in Berlin und Potsdam fortgefahren wird.

Beide Bauprojekte offenbaren zudem demokratiepolitische Defizite. Die Rolle privater Fördervereine und einzelner Großspender, die im Diskurs oft unkritisch als eine Form bürgerschaftlichen Engagements verhandelt wurde, ist dabei kritisch zu hinterfragen. Diese als Pressuregroup auftretenden Akteure haben den Prozess des Wiederaufbaus maßgeblich beeinflusst. Durch langjährige, medienwirksame Öffentlichkeitsarbeit haben sie den öffentlichen Diskurs als Befürworter des Wiederaufbaus geprägt. Als organisierte und medial- sowie finanziell starke Interessenvertretung können sie ein kommunikatives Gefälle gegenüber nicht organisierten Gegenstimmen aufbauen und sich durch die öffentliche Nähe zu politischen Entscheidungsträgern legitimieren. In Potsdam und Berlin sind private Spenden, die durch Vereine organisiert wurden, Teil des offiziellen Finanzierungskonzeptes geworden. In Potsdam wurde eine private Großspende zur formellen Bedingung für die Wiederherstellung der historischen Ästhetik des Stadtschlosses. Gemein ist beiden Fällen, dass private Pressuregroups mit Hilfe großer finanzieller Eigenmittel starken Einfluss auf die Gestaltung und die symbolische Aufladung des öffentlichen Raumes nehmen. Die fiskalische und demokratisch legitimierte Entscheidungsgewalt des Parlaments, die zentrale bauliche Manifestation demokratischer Macht (das Parlamentsgebäude) selbst zu gestalten, wird damit teilweise außer Kraft gesetzt. Private Akteure binden öffentliche Mittel und formulieren Bedingungen für die Gestaltung des öffentlichen Raumes und seiner politischen Symbolik. Im öffentlichen Diskurs um das Berliner Schloss wird derzeit der Einfluss offen rechtsradikaler und antisemitischer Großspender auf die Gestaltung des Baus diskutiert (vgl. Trüby 2022).

In dieser Arbeit wurde der Versuch einer kritischen, analytischen Annäherung an jene erinnerungspolitischen Konflikte unternommen, die aus dem Bau historisierender Repräsentationsbauten hervorgehen können. Zu den zentralen Untersuchungsergebnissen zählt die Bestätigung der anfangs aufgestellten These,

dass Erinnerungspolitik ein Werkzeug zur Erzeugung und Erhaltung politischer Legitimität durch Institutionen sein kann. Die Verwendung historisch begründeter Architektur und Symbolik kann dabei mit Hilfe politisch-gesellschaftlicher Mythenbildung eine gemeinschaftsstiftende und performative Kraft entwickeln. Politische Symbolik und Architektur sind eine Ressource für öffentliche Institutionen, mit der sie Zustimmung und Identifikation erzeugen können. Im Falle historisierender Repräsentationsbauten handelt es sich vor allem um geschichtsbezogene Identifikation. Gleichzeitig produziert sie historische Widersprüche und erinnerungskulturelle Konflikte, die den demokratiepolitischen Nutzen der Gebäude fraglich erscheinen lassen. Die Schlösser in Berlin und Potsdam sind dabei keineswegs Einzelfälle in der Bundesrepublik, auch wenn sie die Besonderheit des kritischen Umgangs mit dem politisch-baulichen Erbe der DDR nach der Wiedervereinigung besonders verdeutlichen. So wurde etwa in Frankfurt am Main vor wenigen Jahren ein mittelalterlich anmutender, jedoch technisch hochmoderner Stadtteil durch die öffentliche Hand errichtet. Dieses „Neue Altstadt“ genannte Areal ist ein touristischer Erfolg, verkörpert aber eine Manifestation von Geschichte, wie es sie so niemals gab (vgl. Oswalt 2018). Auch hier wurde eine intensive politische Debatte um politische Ästhetik und erinnerungspolitische Intentionen geführt. Im Anschluss an diese Untersuchung bietet sich daher eine Erweiterung des Untersuchungsdesigns auf weitere Anwendungsbeispiele an, um zu überprüfen, ob und mit welchen erinnerungspolitischen Narrativen kontinuierlich für oder auch gegen anderweitige historisierende politische Architektur im öffentlichen Raum argumentiert wird. Dabei muss auch berücksichtigt werden, welche nicht institutionellen Akteure wie Einfluss auf den Diskurs nehmen. Da sich politische Architektur und ihre Symbolik letztgültig an ihre externen Betrachter*innen richten will und versucht, an vorhandene gesellschaftliche und politische Narrative anzuknüpfen und sie zu stärken, wäre eine qualitative empirische Analyse der individuellen Rezeption durch Besucher*innen jener öffentlichen Räume sinnvoll, die neuere historisierende Repräsentationsarchitektur prägt. Damit kann versucht werden, Rückschlüsse auf den tatsächlichen „Erfolg“ oder „Misserfolg“ dieser Form der Erinnerungspolitik und ihrer Kollektivsymbolik zu ziehen.

Abkürzungsverzeichnis

BRD	Bundesrepublik Deutschland
CDU.....	Christlich Demokratische Union
DDR.....	Deutsche Demokratische Republik
KDA	Kritische Diskursanalyse
NS	Nationalsozialismus
SBZ.....	Sowjetische Besatzungszone
SED.....	Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

Abbildungen



Abbildung 1: Das historische Potsdamer Stadtschloss (vor 1945), Quelle: Landtag Brandenburg (2014a).



Abbildung 2: Das zerstörte Potsdamer Stadtschloss (vor 1960), Quelle: Landtag Brandenburg (2014a).



Abbildung 3: Brandenburgischer Landtag und Ensemble am Alten Markt, Quelle: Landtag Brandenburg (2014a).



Abbildung 4: Neuordnungskonzept Sanierungsgebiet „Potsdamer Mitte“, Quelle: Landeshauptstadt Potsdam (2013).



Abbildung 5: Berliner Stadtschloss (vor 1945), Quelle: Rundfunk Berlin-Brandenburg (2021).



Abbildung 6: Das Museums- und Veranstaltungsgebäude Humboldt Forum am Schloßplatz und der Fernsehturm in Berlin Mitte, Quelle: Land Berlin (2022).

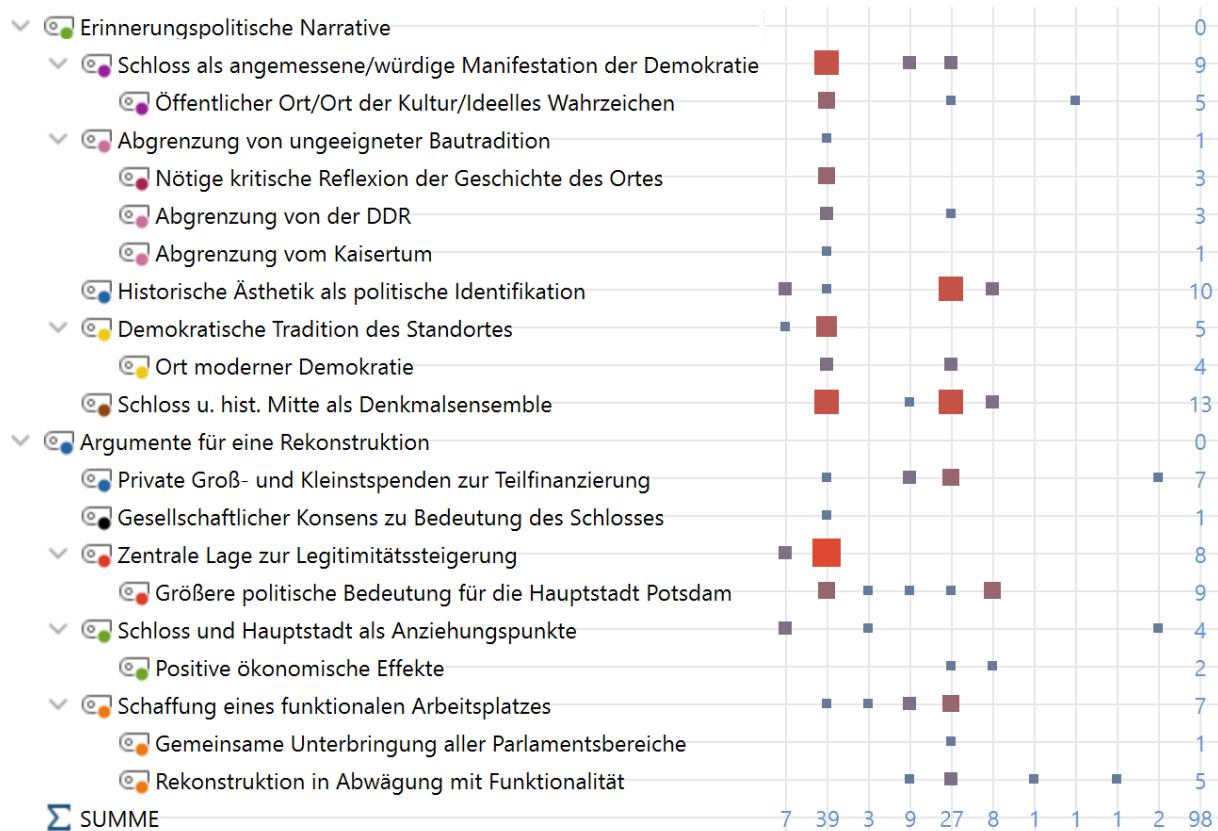


Abbildung 7: Modern gestaltete Ostfassade des Humboldt Forums, Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (2022).



Abbildung 8: Archivbild des Palasts der Republik, Quelle: RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH (2019).

Grafische Auswertungen



Grafik 1: Erweiterte und quantifizierte Segmentmatrix zur Analyse parlamentarischer Diskurse um das neuen Potsdamer Stadtschloss im Landtag Brandenburg, Zeitraum 2005 bis 2014.



Grafik 2: Erweiterte und quantifizierte Segmentmatrix zur Analyse parlamentarischer Diskurse um das neue Berliner Schloss im Deutschen Bundestag, Zeitraum 2002 bis 2022.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Kurzübersicht der Segmentmatrix für die Analyse parlamentarischer Diskurse im Landtag Brandenburg um das neue Potsdamer Stadtschloss, Zeitraum 2005 bis 2014.	46
Tabelle 2: Kurzübersicht der Segmentmatrix für die Analyse parlamentarischer Diskurse im Deutschen Bundestag um das neue Berliner Schloss, Zeitraum 2002 bis 2022.	48

Quellen- und Literaturverzeichnis

- Abrams, Benjamin, und Peter Gardner, hrsg. 2023. *Symbolic Objects in Contentious Politics*. Ann Arbor, MI: University of Michigan Press (in Vorbereitung). <http://www.press.umich.edu/11722857> (21. Oktober 2022).
- Aldea, Silviu. 2014. „Transformationen postsozialistischer Stadtlandschaften: Zur Neuinterpretation der sozialistischen Architektur“. In *Spielplätze der Verweigerung*, hrsg. Christine Götz und Alfrun Kliems. Köln: Böhlau Verlag, 238–62. <https://www.vr-elibrary.de/doi/10.7788/boehlau.9783412216917.238> (21. Februar 2021).
- Assmann, Aleida. 1999. *Erinnerungsräume: Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses*. München: C.H. Beck.
- Beer, Joshua. 2022. „In Gottes Namen - Bibelverse am Humboldt-Forum“. <https://www.sueddeutsche.de/kultur/claudia-roth-inschrift-humboldt-forum-1.5686481> (9. November 2022).
- Benjamin, Walter. 2011. *Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit: mit Ergänzungen aus der ersten und zweiten Fassung*. Stuttgart: Reclam.
- Berlin.de. 2022. „Einheitsdenkmal „Bürger in Bewegung““. <https://www.berlin.de/sehenswuerdigkeiten/4754932-3558930-einheitsdenkmal-buerger-in-bewegung.html> (8. September 2022).
- Beyme, Klaus von. 1987. *Der Wiederaufbau: Architektur und Städtebaupolitik in beiden deutschen Staaten*. München: Piper.
- . 1996a. „Parlament, Demokratie und Öffentlichkeit. Die Visualisierung demokratischer Grundprinzipien im Parlamentsbau“. In *Architektur und Demokratie. Bauen für die Politik von der amerikanischen Revolution bis zur Gegenwart*, hrsg. I. Flagge und W.J. Stock. Ostfildern-Ruit: Hatje, 32–46.
- . 1996b. „Politische Ikonologie der Architektur“. In *Architektur als politische Kultur: philosophia practica*, hrsg. Klaus von Beyme, Hermann Hipp, und Ernst Seidl. Berlin: D. Reimer, 19–34.
- . 2004. „Politische Ikonologie der modernen Architektur“. In *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft: Theorien, Methoden, Problemstellungen*, hrsg. Birgit Schwellung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 351–72.
- . 2019. *Hauptstadt Berlin: von der Hauptstadtsuche zur Hauptstadtfindung*. Wiesbaden: Springer VS.
- Beyme, Klaus von, und Hans Berger, hrsg. 1992. *Neue Städte aus Ruinen: deutscher Städtebau der Nachkriegszeit*. München: Prestel-Verlag.
- Boym, Svetlana. 2001. *The Future of Nostalgia*. New York: Basic Books.

- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung. 2022. „Berliner Schloss – Humboldt Forum“. <https://www.bbr.bund.de/BBR/DE/Bauprojekte/Berlin/Kultur/HUF/huf.html> (2. September 2022).
- Bundeszentrale für politische Bildung. 2015. „1950: Das Berliner Stadtschloss wird gesprengt“. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/211639/1950-das-berliner-stadtschloss-wird-gesprengt/> (7. September 2022).
- . 2022. „Rückgabe kolonialer Raubkunst“. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/deine-taegliche-dosis-politik/508912/rueckgabe-kolonialer-raubkunst/> (10. Oktober 2022).
- Delitz, Heike. 2020. „Architektonische Modi politischer Existenz: Parlamentsarchitekturen und andere Formen politischer Architektur“. In *Die politische Architektur deutscher Parlamente*, hrsg. Julia Schwanholz und Patrick Theiner. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 455–70. http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-29331-4_23 (18. August 2022).
- Deutscher Bundestag. 2002a. „Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Kultur und Medien (23. Ausschuss). Drucksache 14/9660“. <https://dserver.bundestag.de/btd/14/096/1409660.pdf> (24. Oktober 2022).
- . 2002b. „Interfraktioneller Antrag. Drucksache 14/9222. Empfehlungen der Internationalen Expertenkommission Historische Mitte Berlin.“ <https://dserver.bundestag.de/btd/14/092/1409222.pdf> (24. Oktober 2022).
- . 2002c. „Stenographischer Bericht 248. Sitzung. Plenarprotokoll 14/248“. <https://dserver.bundestag.de/btp/14/14248.pdf> (24. Oktober 2022).
- . 2003. „Stenografischer Bericht 56. Sitzung. Plenarprotokoll 15/56“. <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15056.pdf#P.4698> (25. Oktober 2022).
- . 2004. „Stenografischer Bericht 116. Sitzung. Plenarprotokoll 15/116“. <https://dserver.bundestag.de/btp/15/15116.pdf#P.10677> (25. Oktober 2022).
- . 2006. „Stenografischer Bericht 11. Sitzung. Plenarprotokoll 16/11“. <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16011.pdf#P.795> (25. Oktober 2022).
- . 2007a. „Stenografischer Bericht 118. Sitzung. Plenarprotokoll 16/118“. <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16118.pdf#P.12270> (25. Oktober 2022).
- . 2007b. „Stenografischer Bericht 133. Sitzung. Plenarprotokoll 16/133“. <https://dserver.bundestag.de/btp/16/16133.pdf#P.14005> (24. Oktober 2022).

- . 2014. „Antwort der Bundesregierung. Drucksache 18/2797. Kulturelle Nutzung des Humboldtforums“. <https://dserver.bundestag.de/btd/18/030/1803033.pdf> (25. Oktober 2022).
- . 2017a. „Antwort der Bundesregierung. Drucksache 18/11885. Planungen zur Darstellung der Geschichte des Ortes des zukünftigen Humboldt Forums im Berliner Schloss“. <https://dserver.bundestag.de/btd/18/118/1811885.pdf> (25. Oktober 2022).
- . 2017b. „Antwort der Bundesregierung. Drucksache 18/12180. Planungen zur Darstellung der Geschichte des Ortes des zukünftigen Humboldt Forums im Berliner Schloss“. <https://dserver.bundestag.de/btd/18/121/1812180.pdf> (25. Oktober 2022).
- . 2019a. „Antwort der Bundesregierung. Drucksache 19/11774. Eröffnungstermin, Kostensteigerung, kulturelle Nutzung und Veranstaltungskonzept des Humboldt Forums in Berlin“. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/117/1911774.pdf> (25. Oktober 2022).
- . 2019b. „Stenografischer Bericht 83. Sitzung. Plenarprotokoll 19/83“. <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19083.pdf#P.9775> (25. Oktober 2022).
- . 2020. „Antwort der Bundesregierung. Drucksache 19/19887“. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/198/1919887.pdf> (25. Oktober 2022).
- . 2021. „Antwort der Bundesregierung. Drucksache 20/311“. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/003/2000311.pdf> (25. Oktober 2022).
- . 2022. „Antwort der Bundesregierung. Drucksache 20/3924. Vorstellungen der Bundesregierung zur weiteren Ausgestaltung des Humboldt Forums“. <https://dserver.bundestag.de/btd/20/039/2003924.pdf> (25. Oktober 2022).
- Diehl, Paula. 2015. *Das Symbolische, das Imaginäre und die Demokratie*. Nomos. <http://www.nomos-elibrary.de/index.php?doi=10.5771/9783845272535> (19. August 2022).
- . 2016. „Repräsentation im Spannungsfeld von Symbolizität, Performativität und politischem Imaginären“. In *Politische Repräsentation und das Symbolische*, hrsg. Paula Diehl und Felix Steilen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 7–22. http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-11186-1_2 (17. August 2022).
- . 2019. „Das politische Imaginäre und die politische Repräsentation“. *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 44(S2): 37–55.
- Diehl, Paula, und Felix Steilen, hrsg. 2016. *Politische Repräsentation und das Symbolische: historische, politische und soziologische Perspektiven*. Wiesbaden: Springer VS.
- Drews, Axel, Ute Gerhard, und Jürgen Link. 1985. „Moderne Kollektivsymbolik. Eine diskurstheoretisch orientierte Einführung mit Auswahlbibliografie“. In

*Internationales Archiv für Sozialgeschichte der deutschen Literatur (IASL),
1. Sonderheft Forschungsreferate, Tübingen, 256–375.*

Fischer, Ole W. 2011. „Die Immersion der Architektur und die Architektur der Immersion. Gedanken über Architektur, Bild und städtischen Raum im Zeitalter ihrer digitalen Reproduzierbarkeit“. In *Stadt als Erfahrungsraum der Politik: Beiträge zur kulturellen Konstruktion urbaner Politik*, Studien zur visuellen Politik, hrsg. Wilhelm Hofmann. Berlin: Lit, 59–77.

Fördergesellschaft für den Wiederaufbau der Garnisonkirche Potsdam e. V. 2021. „Wissenschaftlicher Beirat“. <https://garnisonkirche-potsdam.de/das-projekt/wissenschaftlicher-beirat/> (23. Februar 2021).

Foucault, Michel, und Ralf Konersmann. 2007. *Die Ordnung des Diskurses*. 16. Auflage, erweiterte Ausgabe. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch.

Giersberg, Hans-Joachim. 1998. *Das Potsdamer Stadtschloss*. Potsdam: Potsdamer Verlagsbuchhandlung.

Jäger, Margret, und Siegfried Jäger. 2007. *Deutungskämpfe: Theorie und Praxis kritischer Diskursanalyse*. 1. Auflage. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.

Jäger, Siegfried. 2011. „Diskurs und Wissen. Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse“. In *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1: Theorien und Methoden*, Interdisziplinäre Diskursforschung, hrsg. Reiner Keller. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss, 91–124.

———. 2015. *Kritische Diskursanalyse: eine Einführung*. 7., vollständig überarbeitete Auflage. Münster: Unrast.

Jureit, Ulrike. 2012. „Gefühlte Vergangenheiten - Zum Verhältnis von Geschichte, Erinnerungen und kollektiven Identitätswünschen“. *vorgänge* 2: 16–23.

Klumpp, Lorenz. 2020. „NPD und AfD als Wiedergänger des Nationalsozialismus und Nationalismus? Eine Bildanalyse von Magazincovern“. *Zeitschrift für Politikwissenschaft*: 1–32.

Kohlstruck, Michael. 2004. „Erinnerungspolitik: Kollektive Identität, Neue Ordnung, Diskurshegemonie“. In *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft: Theorien, Methoden, Problemstellungen*, hrsg. Birgit Schwellung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 173–93.

Kopke, Christoph, und Werner Treß, hrsg. 2013. *Der Tag von Potsdam: Der 21. März 1933 und die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur*. Berlin, Boston: DE GRUYTER. <https://www.degruyter.com/view/books/9783110305852/9783110305852/9783110305852.xml> (22. Februar 2021).

Land Berlin. 2022. „Das Museums- und Veranstaltungsgebäude Humboldt Forum am Schloßplatz und der Fernsehturm in Berlin Mitte“.

<https://www.berlin.de/museum/5661717-2926344-humboldt-forum.html>
(31. August 2022).

Landeshauptstadt Potsdam. 2008. „Das Edikt von Potsdam von 1685“. <https://www.potsdam.de/das-edikt-von-potsdam-von-1685> (31. Oktober 2022).

———. 2013. „Neuordnungskonzept Sanierungsgebiet ‚Potsdamer Mitte‘, Stadtverwaltung Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung“. <https://www.potsdamermitte.de/index.php?id=31> (21. Februar 2021).

———. 2021a. „Garnisonkirche“. <https://www.potsdamermitte.de/index.php?id=46> (23. Februar 2021).

———. 2021b. „Potsdamer Mitte: Geschichte, Stadtverwaltung Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung“. <https://www.potsdamermitte.de/index.php?id=geschichte> (21. Februar 2021).

Landtag Brandenburg. 2005a. „Antrag der SPD–Fraktion und der CDU–Fraktion Landtagsneubau für Brandenburg – Berlin am Potsdamer Standort ‚Alter Markt‘. Drucksache 4/1092“. https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELV_IS/parladoku/w4/drs/ab_1000/1092.pdf (20. Oktober 2022).

———. 2005b. „Plenarprotokoll 15. Sitzung, Freitag, 20. Mai 2005.“ https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELV_IS/parladoku/w4/plpr/15.pdf#page=29 (20. Oktober 2022).

———. 2006. „Plenarprotokoll 37. Sitzung, Mittwoch, 25. Oktober 2006.“ https://www.landtag.brandenburg.de/de/meldungen/der_37._sitzung_des_1_andtages_brandenburgam_mittwoch_dem_25._oktober_2006/8496 (20. Oktober 2022).

———. 2008a. „Antrag des Präsidenten. Landtagsneubau für Brandenburg-Berlin am Potsdamer Standort ‚Alter Markt‘. Drucksache 4/6102“. https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELV_IS/parladoku/w4/drs/ab_6100/6102.pdf (20. Oktober 2022).

———. 2008b. „Plenarprotokoll 66. Sitzung, Donnerstag, 10. April 2008“. https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELV_IS/parladoku/w4/plpr/66.pdf#page=33 (20. Oktober 2022).

———. 2010a. „Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 789, Stadtschloss – hier: Gestaltung im Innenhof. Drucksache 5/2081.“ https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELV_IS/parladoku/w5/drs/ab_2000/2081.pdf (20. Oktober 2022).

———. 2010b. „Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 804, Potsdamer Stadtschloss – hier: Details der Innenhoffassade. Drucksache 5/2154.“

- https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELV_IS/parladoku/w5/drs/ab_2100/2154.pdf (20. Oktober 2022).
- . 2010c. „Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 306, ‘Stauchung‘ des Stadtschlosses. Drucksache 5/1132.“ https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELV_IS/parladoku/w5/drs/ab_1100/1132.pdf (20. Oktober 2022).
- . 2010d. „Ausschuss für Wirtschaft. Protokoll 4. Sitzung, 03. März 2010“. https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELV_IS/parladoku/w5/apr/AW/4.pdf (20. Oktober 2022).
- . 2014a. „Kleine Geschichte des neuen Landtagsgebäudes: Der lange Weg vom Stadt- zum Landtagsschloss“. *Schriftenreihe des Landtages Brandenburg* 1. https://www.landtag.brandenburg.de/media_fast/5701/002-LBB-Kleine-Geschichte.pdf (24. Januar 2021).
- . 2014b. „Plenarprotokoll 92. Sitzung, Donnerstag, 03. April 2014“. https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/starweb/LBB/ELV_IS/parladoku/w5/plpr/92.pdf#page=70 (20. Oktober 2022).
- . 2021. „Geschichte des ehemaligen Landtagsgebäudes auf dem Brauhausberg“. https://www.landtag.brandenburg.de/de/geschichte_des_ehemaligen_landtagsgebäudes_auf_dem_brauhausberg/bb1.c.488749.de (21. Februar 2021).
- Landwehr, Achim. 2018. „Diskurs und Diskursgeschichte“. *Docupedia-Zeitgeschichte, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam* (2.0). https://docupedia.de/zg/Landwehr_45_diskursgeschichte_v2_de_2018 (26. Mai 2019).
- Liebhart, Karin. 2007. „Authentischer Ort, ‚DDR-Disneyland‘ oder ‚Pendant zum Holocaustdenkmal‘? Checkpoint Charlie und das Berliner Mauermuseum“. In *Die Besetzung des öffentlichen Raumes: politische Plätze, Denkmäler und Strassennamen im europäischen Vergleich*, hrsg. Rudolf Jaworski und Peter Stachel. Berlin: Frank & Timme, 259–76.
- Llanque, Marcus. 2014. „Metaphern, Metanarrative und Verbindlichkeitsnarrationen: Narrative in der Politischen Theorie“. In *Narrative Formen der Politik*, hrsg. Wilhelm Hofmann, Judith Renner, und Katja Teich. Wiesbaden: Springer Fachmedien, 7–29.
- Marchart, Oliver. 2016. „Das historisch-politische Gedächtnis. Für eine politische Theorie kollektiver Erinnerung“. In *Gedächtnis im 21. Jahrhundert: Zur Neuverhandlung eines kulturwissenschaftlichen Leitbegriffs*, hrsg. Ljiljana Radonic und Heidemarie Uhl. transcript Verlag, 43–77. <https://www.degruyter.com/document/doi/10.1515/9783839432365/html> (18. Juli 2022).

Martin-Niemöller-Stiftung e.V. 2021. „Lernort Garnisonkirche“. <http://lernort-garnisonkirche.de/> (24. Februar 2021).

Minkenberg, Michael. 2020. „Demokratische Architektur in demokratischen Hauptstädten: Aspekte der baulichen Symbolisierung und Verkörperung von Volkssouveränität“. In *Die politische Architektur deutscher Parlamente*, hrsg. Julia Schwanholz und Patrick Theiner. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 13–39. http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-29331-4_2 (18. August 2022).

Müller, Marion G. 2004. „Politologie und Ikonologie. Visuelle Interpretation als politologisches Verfahren“. In *Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft: Theorien, Methoden, Problemstellungen*, hrsg. Birgit Schwelling. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 335–49.

———. 2011a. „Ikonografie und Ikonologie, visuelle Kontextanalyse, visuelles Framing“. In *Die Entschlüsselung der Bilder: Methoden zur Erforschung visueller Kommunikation: ein Handbuch*, hrsg. Thomas Petersen und Clemens Schwender. Köln: Herbert von Halem Verlag, 28–55.

———. 2011b. „Parlament“. In *Handbuch der politischen Ikonographie*, hrsg. Martin Warnke und Uwe Fleckner. München: Beck, 204–10.

Münkler, Herfried. 2016. „Politische Mythen als Grundlage von Repräsentation und Symbolik“. In *Politische Repräsentation und das Symbolische*, hrsg. Paula Diehl und Felix Steilen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 227–43. http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-11186-1_11 (14. Januar 2021).

Nipperdey, Thomas. 1981. „Der Kölner Dom als Nationaldenkmal“. *Historische Zeitschrift* 233: 595–613.

Oswalt, Philipp. 2018. „Geschichte, wie sie niemals war“. *Merkur* 832. <https://www.zeit.de/kultur/2018-09/architektur-deutschland-frankfurt-am-main-neubau-altstadt-manufactum-rekonstruktion/komplettansicht> (14. August 2020).

Patzelt, Werner J. 2020. „Parlamentarische Selbstsymbolisierung und Parlamentsarchitektur“. In *Die politische Architektur deutscher Parlamente*, hrsg. Julia Schwanholz und Patrick Theiner. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, 41–64. http://link.springer.com/10.1007/978-3-658-29331-4_3 (18. August 2022).

Pribersky, Andreas. 2011. „Die Planstadt als Politische Utopie im 20. Jahrhundert zwischen Kapitalismus und Sozialismus“. In *Stadt als Erfahrungsraum der Politik: Beiträge zur kulturellen Konstruktion urbaner Politik*, Studien zur visuellen Politik, hrsg. Wilhelm Hofmann. Berlin: Lit, 117–41.

RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH. 2019. „Ein Archivbild des Palasts der Republik. Blick auf den Palast der Republik, dem Parlament der ehemaligen DDR, in dem die Volkskammer tagte“. <https://www.rnd.de/kultur/kunstler->

- lassen-den-palast-der-republik-in-berlin-wieder-auferstehen-SCBNWBZ7ZOJYRIWHUPAGQRY3JY.html (21. September 2022).
- Rundfunk Berlin-Brandenburg. 2021. „Vom Berliner Stadtschloss zum Humboldt-Forum“. <https://www.rbb24.de/kultur/beitrag/2020/12/geschichte-berlin-stadtschloss-palast-der-republik-humboldt-forum.html> (31. August 2022).
- Rüsen, Jörn. 2014. „Die fünf Dimensionen der Geschichtskultur“. In *Angewandte Geschichte: neue Perspektiven auf Geschichte in der Öffentlichkeit*, hrsg. Jacqueline Nießer und Juliane Tomann. Paderborn: Ferdinand Schöningh, 46–57.
- Schneider, Richard. 2013. *Das Berliner Schloss: in historischen Photographien*. Erstausg., 1. Aufl. Berlin: Lukas-Verl.
- Schönberger, Sophie. 2020. „Das Humboldt Forum als Testfall der Bundeskulturpolitik“. *Merkur* 849: 47–54.
- Schulz zur Wiesch, Lena. 2007. „Zum Umgang mit den baulich-symbolischen Relikten der DDR in Ostberlin“. In *Die Besetzung des öffentlichen Raumes: politische Plätze, Denkmäler und Strassennamen im europäischen Vergleich*, hrsg. Rudolf Jaworski und Peter Stachel. Berlin: Frank & Timme, 231–57.
- Schwedler, Hanns-Uve. 2001. „Berlin - eine zweimalige Stadt. Stadtplanung im Spannungsfeld vieler Interessen“. *APuZ* 34–35: 25–30.
- Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss. 2022a. „Ausstellung Ethnologische Sammlungen und Asiatische Kunst. Neupräsentation der Sammlungen“. https://www.humboldtforum.org/de/programm/dauerangebot/ausstellung/e_thnologische-sammlungen-und-asiatische-kunst-46021/ (10. Oktober 2022).
- . 2022b. „Programm Humboldt Forum“. <https://www.humboldtforum.org/de/programm/> (10. Oktober 2022).
- . 2022c. „Stiftung Humboldt Forum im Berliner Schloss“. <https://www.humboldtforum.org/de/stiftung-humboldt-forum-im-berliner-schloss/> (10. Oktober 2022).
- Trüby, Stephan. 2022. „Berliner Schloss - Das Humboldt Forum in den Händen von Reaktionären und Planlosen“. *Der Standard*. <https://www.derstandard.at/story/2000132536424/das-humboldt-forum-in-den-haenden-von-reaktioneraeren-und-planlosen> (15. November 2022).
- Warnke, Martin, hrsg. 1984. *Politische Architektur in Europa vom Mittelalter bis heute - Repräsentation und Gemeinschaft*. Köln: DuMont.
- . 1996. „Bau und Gegenbau“. In *Architektur als politische Kultur: philosophia practica*, hrsg. Klaus von Beyme, Hermann Hipp, und Ernst Seidl. Berlin: D. Reimer, 11–18.

Wernicke, Thomas. 2013. „Der Handschlag am ‚Tag von Potsdam‘“. In *Der Tag von Potsdam*, hrsg. Christoph Kopke und Werner Treß. Berlin, Boston: DE GRUYTER. <https://www.degruyter.com/doi/10.1515/9783110305852.8> (23. Februar 2021).

Wilhelm, Karin. 2001. „„Demokratie als Bauherr“ - Überlegungen zum Charakter der Berliner politischen Repräsentationsbauten“. *APuZ* 34–35: 7–15.

Woldt, Isabella. 2011. „Residenz“. In *Handbuch der politischen Ikonographie*, hrsg. Martin Warnke und Uwe Fleckner. München: Beck, 310–18.